

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Mindestsicherung: Armut bekämpfen, nicht die Armen!**  
Wolfgang Moitzi / Theresia Metzenrath

**New Deal im 21. Jahrhundert**  
Elisabeth Blaha

**Der unternehmerische Staat**  
Armin Puller

**Wie könnte das »Haus der Geschichte Österreich« aussehen?**  
Stephan Neuhäuser



**Theodor  
von Hörmann**

MUSEUM LEOPOLD



# EDITORIAL

Das britische Votum für einen Brexit hat eine Schockwelle quer durch das Vereinigte Königreich und Europa ausgelöst. Das Referendum ist einmal mehr ein Beweis des Scheiterns einer Politik, die vorgibt, das Feuer zu beherrschen, indem sie es schürt. Während die Regierung David Camerons den öffentlichen Wohnbau, sozialstaatliche Leistungen und damit den sozialen Zusammenhalt gezielt zerstört hat, versuchte sie, die Auswirkungen dieser Politik den »Bürokraten in Brüssel« und den ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa in die Schuhe zu schieben. Gerade die von der Regierung geschürte Illusion, die »europäischen Elemente« seien schuld am sozialen Abstieg, erwiesen sich jetzt als Bumerang, der den Wunsch nach einem Brexit befeuert und damit die politische Karriere von David Cameron vorzeitig beendet hat. Ein erster Blick auf die Ergebnisse lässt die Analyse des Guardian-Kolumnisten Owen Jones sehr plausibel erscheinen: Das Brexit-Votum ist auch ein (reaktionärer) Ausdruck einer Revolte der »working class« gegen die eigenen Eliten.

Das Brexit-Votum ist also nicht nur ein Signal dafür, dass die Union zerfallen wird, wenn es nicht gelingt, die soziale Schieflage in der EU zu korrigieren. Sie ist auch eine Warnung, dass die Wiederherstellung des Kontakts der Sozialdemokratie zu ihren sozialen Kernschichten weder durch blinden EU-Patriotismus, noch durch das Wiederkäuen von Anti-EU- und gegen MigrantInnen gerichteten Parolen gelingen kann. Wenn jetzt der blairistische Flügel der Labour Party einerseits mehr Härte in der Migrationspolitik verlangt und gleichzeitig Jeremy Corbyn für seine mangelnde EU-Hurra-Stimmung kritisiert, stellen sie deutlich unter Beweis, warum Labour nach 20 Jahren Blairismus Gefahr läuft, jeden Einfluss in der »working class« verloren zu haben. Die einzige Chance, das Abdriften in nationalen Chauvinismus zu verhindern ist, durch eine radikale Politik des sozialen Ausgleichs das verlogene Spiel der Konservativen zu durchkreuzen. Die tiefe Abneigung gegen die nationalen und europäischen Eliten in progressive Bahnen zu lenken wird nur gelingen, wenn man aufhört, der ArbeiterInnenklasse Verachtung entgegenzubringen: Sei es, indem man sie als »dumm« lächerlich macht, sei es, indem man meint, sie durch das dümmliche Nachplappern rassistischer Parolen schon wieder einfangen zu können.

In Österreich treiben die Rechten aktuell ihre Spielchen (noch) nicht mit dem EU-Austritt, sondern mit der **Mindestsicherung**. **Wolfgang Moitzi** und **Theresia Metzenthaler** stellen in ihrem aktuellen Debattenbeitrag dar, warum die Debatte am **Kern der Probleme vorbeigeht** und machen Vorschläge für einen **offensiven Zugang** der Sozialdemokratie.

Einer offensiven inhaltlichen Neuaufstellung der SPÖ sind im Rahmen des Schwerpunkts dieser Ausgabe zwei Beiträge zu »Ideen für einen New Deal« gewidmet:

**Elisabeth Blaha** skizziert, wie unter Berücksichtigung der bestehenden Rahmenbedingungen ein radikaler »**New Deal**« aussehen könnte, der das Ziel verfolgt, die verfügbaren Ressourcen in Europa und Österreich optimal zu nutzen, um Wohlstand und **Lebensqualität** aller Menschen **zu steigern**.

**Armin Puller** hingegen setzt sich eingehend mit den Forschungen und Ideen der Ökonomin **Mariana Mazzucato** auseinander, auf die zuletzt auch Bundeskanzler Christian Kern mehrfach Bezug genommen hat und die argumentiert, dass der Staat die **treibende Kraft** aller entscheidenden **wirtschaftlichen Innovationen** der letzten Jahrzehnte gewesen ist.

Auch dem Projekt eines **Hauses der Geschichte** widmen sich zwei Beiträge: **Christian Klösch** beschäftigt sich mit der symbolischen **Bedeutung** des in Aussicht genommenen **Standorts**. **Stephan Neuhäuser** stellt internationale Entwicklungen und neueste Trends im Museumsbereich vor und diskutiert Ableitungen für das österreichische Projekt.

**Thomas Riegler** widmet seinen Beitrag der Geschichte des rechten **Terrors**, der **1961** wieder in Österreich Fuß fasste.

Nach den Buchtipps rundet Markus Marterbauer mit seinem Schlusswort das Heft ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

**LUDWIG DVOŘÁK**  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



THEODOR VON HÖRMANN  
1840–1895

Am Quai an der Seine mit Blick auf die Île de la Cité | um 1888  
Öl auf Leinwand | 90 × 125,6 cm  
Privatbesitz

## Aktuelle Debatte **Mindestsicherung**

### 6 **Mindestsicherung: Armut bekämpfen, nicht die Armen!**

VON WOLFGANG MOITZI UND THERESIA METZENRATH

## Schwerpunkt **Ideen für einen New Deal**

### 12 **New Deal im 21. Jahrhundert**

VON ELISABETH BLAHA

### 18 **Der unternehmerische Staat**

VON ARMIN PULLER

### 26 **Das »Haus der Geschichte Österreich«**

VON CHRISTIAN KLÖSCH

### 30 **Wie könnte das »Haus der Geschichte Österreich« aussehen?**

VON STEPHAN NEUHÄUSER

### 36 **Das »heiße Jahr« 1961**

VON THOMAS RIEGLER

### 40 **Buchtipp**

Sachliches & Belletristisches

### 42 **Schweden: Wieder Vorbild?**

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

# Mindestsicherung: Armut bekämpfen, nicht die Armen!

**Seit fast einem Jahr** wird die Mindestsicherung von ÖVP und FPÖ in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion gestellt. Eine Einigung über eine Reform in Verhandlungen zwischen Sozialminister Stöger und den SozialreferentInnen der Länder scheiterte aber zuletzt am Einspruch Niederösterreichs. Wolfgang Moitzi und Theresia Metzenrath zeigen, warum die Zuspitzung der Debatte auf die Mindestsicherung unsinnig ist und welche Schritte im Zuge der Reformdiskussion sinnvoll wären.

**S**eit einem Jahr erwecken FPÖ und manche Politiker der ÖVP den Eindruck, als wären »überhöhte« Ausgaben in der Mindestsicherung die Ursache aller arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Übel und fordern Leistungskürzungen für Asylberechtigte, aber auch für Kinder egal welcher Herkunft.

## KLEINERE PFLASTER FÜR KLAFFENDE WUNDEN?

Diese Vorschläge haben alle eines gemeinsam: Sie sind in etwa so sinnvoll, als würde man die klaffende Wunde eines Patienten damit verarzten wollen, ein Pflaster kleiner zuzuschneiden. Die Mindestsicherung ist das unterste soziale Netz in Österreich. Sie ist nicht geeignet, komplexe sozialpolitische Probleme zu lösen. Sie soll im Wesentlichen verhindern, dass Menschen hungern, obdachlos werden, in ungeheizten Wohnungen sitzen oder von der Gesellschaft vollständig ausgeschlossen werden. Anhand der Fakten wird dieser Beitrag aufzeigen, warum die schwarz-blauen Vorschläge Stimmungsmache ohne Substanz sind, und was tatsächlich rund um die Mindestsicherung verbessert werden könnte.

## RAHMENBEDINGUNGEN DER MINDESTSICHERUNG

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung wurde mit 01.09.2010 eingeführt und hat erstmals gleiche Mindeststandards in der Sozialhilfe für ganz Österreich geschaffen. Denn Sozialhilfe ist Kompetenz der Bundesländer, was zu neun sehr unterschiedlichen Sozialhilfesystemen geführt hat. Auf Grundlage einer sogenannten »15a-Vereinbarung«, eines Staatsvertrags zwischen Bund und Ländern nach Artikel 15a des Bundes-Verfassungsgesetzes, wurden gemeinsame Mindestniveaus festgelegt. Nach wie vor können zwar die Länder Unterschiede bei den

Kinderzuschlägen oder bei zusätzlichen Leistungen vorsehen, eine gewisse Vereinheitlichung ist dennoch gelungen. 2016 lag der Richtwert bei der Mindestsicherung für Alleinstehende bei 837,76 Euro (12-mal jährlich), für Paare bei 1.256,64 Euro. Pro Kind liegt der Richtwert bei 150,8 Euro, wobei gerade hier große Abweichungen zwischen den Bundesländern bestehen. Ausbezahlt wird nur die Differenz zwischen eigenem Einkommen (bzw. dem Paar-Einkommen) und diesen Richtwerten. Und auch dafür müssen strenge Auflagen erfüllt sein: Die Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung kann ebenso zur Sperre der Mindestsicherung führen, wie private Ersparnisse bis zu einer Freibetragsgrenze von ca. 4.200 Euro aufgebraucht sein müssen, bevor Mindestsicherung bezogen werden kann. Es besteht also keine »Wahlmöglichkeit« zwischen Arbeit oder Mindestsicherung. Wer zumutbare Beschäftigung ablehnt, muss schon nach geltender Rechtslage mit Sanktionen rechnen. Dass das in manchen Ländern derzeit seltener umgesetzt wird, hat mit Abstimmungsproblemen zwischen Landesbehörden und dem Arbeitsmarktservice zu tun, die es offenbar in Wien in geringerem Ausmaß gibt: Im Jahr 2015 wurden in Wien 8.050 Leistungskürzungen verhängt.

## WARUM GIBT ES MEHR LEISTUNGSBEZIEHERINNEN?

Wahr ist: Die Zahl der LeistungsbezieherInnen in der Mindestsicherung wächst seit ihrer Einführung konstant an. Von 2011 bis 2014 stieg die Zahl der unterstützten Personen von rund 193.000 auf rund 256.000, also um rund 33%. Diese Zahlen sagen aber nicht, dass Leistungen zu hoch wären, sie spiegeln schlicht die schwierige Lage am Arbeitsmarkt wider: Denn im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Arbeitslosen um 29% gestiegen. Der Druck am Arbeitsmarkt wächst,

die Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Österreich sind aber relativ niedrig. Die Nettoersatzrate der Arbeitslosenunterstützung beträgt 55%. Die Grundleistung macht also nur 55% des Einkommens im Bemessungszeitraum aus. Im Jahr 2014 betrug das tatsächlich bezogene Arbeitslosengeld im Durchschnitt für Frauen 787,8 Euro monatlich und für Männer 949,2 Euro. Die FAQs auf der Website des AMS geben auf die NutzerInnenfrage »Wie soll ich von so einem niedrigen Arbeitslosengeld/Notstandshilfe leben?« folgerichtig die Antwort: »[Es] besteht die Möglichkeit, neben dem Leistungsbezug eine bedarfsorientierte Mindestsicherung zu beantragen.« Und so sehen auch die Zahlen der Mindestsicherung aus: Drei Viertel der Ausgaben des Landes Wien für die Mindestsicherung flossen 2014 an Personen, deren Arbeitseinkommen oder Arbeitslosengeld so niedrig waren, dass sie auf die Richtwerte »aufstocken« mussten. Der Anstieg der Ausgaben für die Mindestsicherung ist zu einem Gutteil also nur ein Spiegelbild für die Schwächen der vorgelagerten sozialen Sicherheitsnetze – und vor allem für Probleme mit dem Arbeitsmarkt und niedrigen Einkommen.

### IST WIEN ANDERS?

Apropos Wien: Die Bundeshauptstadt spielt in der Debatte ja eine besonders prominente Rolle. 2014 lebten rund 55% aller unterstützten Personen in Wien, was dem 2,7-fachen Anteil Wiens an der Gesamtbevölkerung entspricht. Doch auch das beweist nicht, dass Wien bei der Mindestsicherung »zu großzügig« wäre: Wien liegt bei der maximalen Leistungshöhe nur im Mittelfeld der Bundesländer. Vor allem aber zeigt eine Untersuchung der Armutskonferenz auf, dass auch in Landeshauptstädten wie St. Pölten, Linz, Salzburg und Innsbruck der Anteil der Mindestsicherungs-BezieherInnen zwischen 2,1-2,5mal höher ist, als es dem Bevölkerungsanteil im Bundesland entsprechen würde. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Erklärungsansätze: Zum einen lässt die Anonymität der Großstadt viele Menschen die Scham überwinden, Sozialhilfe zu beantragen. Vor allem aber spielt auch hier der Arbeitsmarkt mit. Städte sind die Zentren des wirtschaftlichen Lebens in Österreich, mit vielen Arbeitsplätzen, aber eben auch überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit.

### MINDESTSICHERUNG UND ASYL

Seit dem Jahreswechsel werden Kürzungspläne bei der Mindestsicherung mit der hohen Zahl an Asylanträgen begründet: Sie würden das System »sprengen«. Die schwarz-blaue Landtagsmehrheit Oberösterreichs hat daher aktuell die Leistungen für anerkannte Flüchtlinge gekürzt. Eine Leistungs-

kürzung für anerkannte Flüchtlinge ist jedenfalls EU-rechtlich unhaltbar. Ab der positiven Erledigung des Asylantrags sind Asylberechtigte in puncto Sozialhilfe mit StaatsbürgerInnen gleichzustellen. In logischer Konsequenz fordern FPÖ und ÖVP Oberösterreich daher auch Leistungskürzungen für alle. Ist die Finanzierung des Systems also tatsächlich gefährdet? Die Ausgaben für die Mindestsicherung lagen 2014 bei 673 Mio. Euro. Das klingt in absoluten Zahlen nach viel Geld, machte aber 2014 nur 0,39% der gesamten Staatsausgaben aus. Zum Vergleich: 4,1 Mrd. Euro, das entsprach rund 2,3% der Staatsausgaben, flossen allein 2014 budgetwirksam in die Bankenhilfe, ohne dass dies die ÖVP-Finanzminister auch nur ein Wimpernzucken gekostet hätte. Selbst bei einem fiktiven Anstieg der Ausgaben für die Mindestsicherung auf 1 Mrd. Euro, läge der Anteil an den Staatsausgaben bei knapp über 0,5%. Dieser Betrag ist finanziell ohne größere Probleme verkraftbar, es wird aber durch die Budgetzuständigkeit verkompliziert. Denn die Sozialhilfeausgaben sind von den Ländern zu tragen, die ihrerseits außerhalb Wiens auch einen Finanzierungsanteil der Gemeinden in Höhe von zumindest 35% vorsehen. Gemeinden, die ihren Verpflichtungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen nachkommen, haben damit auch eher damit zu rechnen, durch die Mindestsicherung in ihren Sozialbudgets belastet zu werden. Auch wenn die Herausforderung für die Republik problemlos bewältigbar ist, sind auf dieser Ebene politische Probleme vorprogrammiert.

### REFORMIDEEN

Das bisher Gesagte heißt also nicht, dass im Bereich der Mindestsicherung kein Änderungsbedarf besteht. Er geht allein schon davon aus, dass die derzeit gültige 15a-Vereinbarung mit dem aktuell gültigen Finanzausgleich 2016 ausläuft. Wird keine neue Vereinbarung geschlossen, fallen die vereinbarten Mindeststandards weg, jedes Bundesland würde dann wieder seine ganz eigenen Regeln entwickeln. Daher verhandelt Sozialminister Stöger derzeit mit den Ländern, ein mit acht Bundesländern erzielter Konsens scheiterte aber am Veto Niederösterreichs.

Eine umfassende Strategie zur Mindestsicherung muss aber weit über die rechtliche Regelung dieses Bereichs hinausreichen. Im Vordergrund muss die Bekämpfung der Armut stehen, nicht die der Armen.

#### 1. Arbeitsmarkt und Arbeitseinkommen

Die Entwicklung der Mindestsicherung ist untrennbar verknüpft mit der Entwicklung des Arbeitsmarkts. Die beiden

wirksamsten Maßnahmen zur Ausgabensenkung bei der Mindestsicherung ist eine Senkung der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Arbeitseinkommen. Denn nur dadurch kann die Zahl jener, die Unterstützung benötigen, dauerhaft gesenkt werden.

## 2. Arbeitslosenversicherung

Die steigenden Ausgaben in der Mindestsicherung sind aber auch ein Ergebnis der Lücken im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Es stimmt, dass Menschen, die jahrelang Beiträge gezahlt haben, etwas davon haben sollen. Das kann aber nicht durch eine Kürzung beim untersten sozialen Netz erreicht werden, sondern durch Verbesserungen bei der Arbeitslosenversicherung. Wenn die durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengelds für Frauen unter dem Richtwert der Mindestsicherung liegt, ist eine Anhebung der Nettoersatzraten das Gebot der Stunde. Wer arbeitslos ist, soll zumindest 70% seines letzten Gehalts bekommen. Dabei muss man sich auch vor Augen halten, dass derzeit rund eine Million ÖsterreicherInnen, fast ein Drittel der Beschäftigten, pro Jahr zumindest vorübergehend von Arbeitslosigkeit betroffen ist, die Frage der Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit also sehr viele BürgerInnen berührt.

## 3 Sachleistungen und Deckelung

Als Reformideen zur Mindestsicherung geistern die Forderungen nach verstärkten Sachleistungen und einer Deckelung der Mindestsicherung durch die Debatte. Schon jetzt gewähren manche Länder Sachleistungen, indem sie etwa Wohnungsmieten direkt an die Vermieter überwiesen. Das ist nicht per se unvernünftig, man soll aber die Kirche im Dorf lassen. Viele BezieherInnen der Mindestsicherung haben kein grundsätzliches Problem damit, mit Geld umzugehen. Sie haben einfach zu wenig davon. Generell Gutscheine statt Geld auszugeben ist nicht nur eine sinnlose Demütigung, es ist auch mit mehr Verwaltungsaufwand verbunden.

Tatsächlich gefährlich ist im Unterschied dazu aber die Forderung nach der Deckelung der Mindestsicherung für Mehr-Kind-Familien bei maximal 1.500 Euro. Allen medial kolportierten Horror-Beispielen zum Trotz wären die größten VerliererInnen einer solchen Kürzung ganz »normale« Familien, also Paare mit zwei oder mehr Kindern. 68.000 Menschen wären betroffen, in erster Linie Kinder. Die Deckelung der Mindestsicherung ist eine mutwillige Erhöhung der Kinderarmut. Wohl auch aus diesem Grund ist sie selbst in der öVP umstritten und kamen dazu aus den westlichen Bundesländern auch hörbar kritische Stimmen.

## 4. Integrationshilfe

Der Umgang mit anerkannten Flüchtlingen aus dem Irak, Syrien etc. stellt sicherlich eine Herausforderung für sich dar. Sobald AsylwerberInnen einen positiven Asylbescheid erhalten haben, haben sie Zugang zum Arbeitsmarkt, aber auch zur Mindestsicherung. Scheitert die Integration in den Arbeitsmarkt, wird das System der Mindestsicherung tatsächlich mit einer wachsenden Zahl an Anspruchsberechtigten konfrontiert. Wachsen dabei die aus dem Sozialbudget der Länder und Gemeinden zu tragenden Finanzierungsaufgaben zu Lasten der Sozial- und Investitionsbudgets, könnte dies für rassistische Stimmungsmache missbraucht werden.

Gerade deshalb sollte eine aktive Integrationsstrategie – mit Sprachkursen, Qualifizierung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt – endlich gegenüber der bisherigen Verbots- und Strafrhetorik in den Vordergrund gerückt werden. Die steirische Soziallandesrätin hat dafür auch einen Vorschlag vorgelegt, das Thema Integration von Asylberechtigten und das Thema Mindestsicherung zu entflechten: In den ersten drei Jahren sollen an Asylberechtigte Leistungen in Höhe der Mindestsicherung unter dem Titel »Integrationshilfe« mit Sachleistungen in Form von Sprachkursen, Qualifikationschecks (wie sie Wien bereits umsetzt) und Qualifizierungskursen verknüpft werden. Sprachkurse und berufliche Integrationsmaßnahmen sollten möglichst ab dem ersten Tag erfolgen. Die Finanzierung dafür müsste im Wege des Finanzausgleichs sichergestellt werden. Die besonderen Herausforderungen der Integration sollen aus den »normalen« Sozialbudgets der Länder und Gemeinden herausgelöst und zentral finanziert werden.

## 5. Residenzpflicht

Diskussionspunkt ist auch im Zusammenhang mit der Mindestsicherung die Frage der Residenzpflicht, also ob Asylberechtigten ein verpflichtender Aufenthaltsort zugewiesen werden soll. Damit soll vermieden werden, dass alle Asylberechtigten in die Städte strömen, was die Integration erschwert. Diese Frage berührt natürlich einen heiklen Punkt. Es stellt einerseits eine merkbare Beschränkung der Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen dar, die natürlich umso fragwürdiger wäre, wenn dadurch familiäre Kontakte unterbrochen werden oder an einem anderen Ort eine Integration in den Arbeitsmarkt schneller gelingen würde. Umgekehrt läge gerade in kleineren Gemeinden der Vorteil darin, dass eine zielgerichtete Integration in die örtliche Gemeinschaft erfolgen kann. In diesem Punkt muss sicherlich noch ein ausreichend flexibler Kompromiss gefunden werden.

Das Ausmaß der Debatte um die Mindestsicherung steht in keiner Relation zu den tatsächlich dadurch verursachten budgetären Kosten. Um in dieser Diskussion zu bestehen und tatsächliche Lösungen zu erzielen, braucht es einen umfassenden Blick auf die Beschäftigungspolitik, Arbeitseinkommen und die Sozialpolitik. Dann wird sich rasch zeigen: Wir schaffen das! 

**WOLFGANG MOITZI**

ist Bildungsvorsitzender der SPÖ Steiermark.

**THERESIA METZENRATH**

ist Mitglied des Landesbildungsvorstands Steiermark.



THEODOR VON HÖRMANN  
1840–1895  
Eisschollen am Ufer der Thaya III | 1891  
Öl auf Leinwand | 70 × 102 cm  
Privatbesitz

BIS 29. August 2016

# Theodor von Hörmann

Theodor von Hörmann (1840–1895) war einer der ungewöhnlichsten und eigenständigsten Künstlerpersönlichkeiten des späten 19. Jahrhunderts. Das Leopold Museum präsentiert erstmals eine umfassende Ausstellung des österreichischen Künstlers, die anhand ausgewählter Werke seinen Weg vom Realisten zum Impressionisten nachvollziehbar macht.

Im Jahrhundert des Realismus suchte Hörmann eine größtmögliche Objektivität in der Interpretation von Landschaft zu erreichen, ohne dabei am rein Gegenständlichen haften zu bleiben. Im Zuge seines Frankreichaufenthaltes von 1886 bis 1890 begab Hörmann sich in Paris auf die Spuren der Maler von Barbizon, reiste in die Bretagne, in die Gegenden der damals noch umstrittenen Impressionisten, und setzte sich mit den belgischen Vertretern der Schule von Tervueren auseinander. Nach seiner Rückkehr aus Frankreich wählte er das in Mähren gelegene malerische Städtchen Znaim an der Thaya als künstlerisches Refugium. 1891 führte ihn sein Weg auch nach München und Dachau, das damals für seine lebendige Künstlerkolonie bekannt war. Im Kreis der Maler Fritz von Uhde und Ludwig Dill wurde er mit deren secessionistischen Ideen bekannt und in Folge zu einem vehementen Vertreter dieser Bewegung. Gleichzeitig erhielt er von diesen deutschen Impressionisten entscheidende Impulse für sein Suchen nach einem Ausgleich zwischen der Impression des Augenblickes und der Verankerung eines scheinbar unbedeutenden Ausschnittes der Natur in eine größere symbolische Ordnung.

LEOPOLD MUSEUM

[WWW.LEOPOLDMUSEUM.ORG](http://WWW.LEOPOLDMUSEUM.ORG)

# New Deal im 21. Jahrhundert

**Kampf gegen Arbeitslosigkeit**, mehr Wohlstand, Stärkung der Innovation in der Wirtschaft – wie soll das gehen? Elisabeth Blaha skizziert, wie ein großangelegtes politisches Projekt die soziale Frage neu stellen muss, damit die gegenwärtige krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus nicht weiter autoritäre und rechtsradikale Bewegungen stärkt.

Ökonomische Krisen, Arbeitslosigkeit, Verelendung, Deklassierung und Ausgrenzung bildeten in der Geschichte stets den Humus, auf dem Nationalismen, Ausländerfeindlichkeit und autoritäre bis hin zu faschistischen politischen Strukturen gediehen. Der überwältigende Zulauf, den die rechtsradikalen Bewegungen in Europa in den letzten Jahren erfuhren, besonders aus den Kernschichten der Arbeiterschaft, ist nicht überraschend.

Rhetorisch vollzogen einige der rechtsradikalen Bewegungen, die sich vormals eher wirtschaftsliberal positionierten, einen Schwenk Richtung diffuser Globalisierungs- und (Finanz-)Kapitalismuskritik gepaart mit Antisemitismus, Antislamismus und der altgekannten Chuzpe, die Zahl der Arbeitslosen mit jener der MigrantInnen und Flüchtlinge gegenzurechnen. Was heute alle diese Parteien eint, ist neben dem Völkischen die Ablehnung der Europäischen Union und der Währungsunion. Dort, wo sie an der Macht sind, wie in Ungarn und Polen, reizen sie die EU-Gesetzgebung aus, um ökonomischen Protektionismus zu exekutieren, aber auch um soziale Standards punktuell zu erhöhen. Im Gegensatz zu anderen rechtsradikalen Parteien scheint der dominierende Flügel der FPÖ bei aller programmatischen Beliebigkeit nach wie vor primär marktradikal und neoliberal. Es zeigt sich eine frappierende Diskrepanz zwischen dem Gerede über den kleinen Mann und der wirtschaftspolitischen Programmatik, die letztlich gegen diesen gerichtet ist.

## USA UND SKANDINAVIEN ALS VORBILDER

Historisch gibt es wenige Beispiele, in denen schwere ökonomische Krisen autoritäre Bewegungen nicht gestärkt haben. Ausnahmen bildeten etwa die USA in den 1930er- sowie die skandinavischen Länder in den 1990er-Jahren. Mit Verweis auf

die Erfahrungen der 1930er-Jahre in den USA mit dem New Deal wurde seit Krisenausbruch unaufhörlich ein radikaler Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gefordert. Elemente des New Deal waren damals die strenge Regulierung des Finanzsektors, der Aufbau des Sozialstaats sowie Beschäftigungs- und Investitionsprogramme (Staat als »employer of last resort«), die teilweise durch das Anheben von Spitzeneinkommens- und Vermögenssteuern finanziert wurden. Aber auch die Reaktion auf die Finanzkrise in den skandinavischen Ländern Anfang der 1990er-Jahre bietet reichlich Anschauungsmaterial, wie man eine Krise als Chance nutzen kann. So wurden damals auch Aktionäre an den Kosten der Bankenrestrukturierung beteiligt wodurch die Kosten für die SteuerzahlerInnen niedrig gehalten werden konnten. Reformen der Forschungs- und Investitionsstrategie waren mit ein Grund dafür, dass die Wirtschaft in den Jahren nach der Krise schneller wuchs, als vorher.

Der Aufstieg der neuen Rechten in Europa hängt auch damit zusammen, dass die wirtschaftspolitische Reaktion der Institutionen der Europäischen Union sowie der konservativen Parteien auf die Krise vom Leitmotiv getragen war, das ordoliberalen und neoliberalen Reformprogramm zügiger als dies früher möglich war, umsetzen zu können. Die sozialdemokratischen Parteien, weitgehend geschwächt infolge hoher Arbeitslosigkeit, der zu langen Propagierung eines moralisch und politisch desavouierten »Dritten Wegs« und einer daraus folgenden, insbesondere zu Beginn der Krise beobachtbaren Konzept- und Visionslosigkeit, konnten zwar – auch mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen – den Kahlschlag der Sozialsysteme weitgehend verhindern, zumindest in den Kernländern der Eurozone. Arbeitslosigkeit, Präkariisierung und kollektive Unsicherheiten und (Abstiegs-)Ängste begünstigen jedoch die Erosion der traditionellen etablierten

Parteien und treiben die breite Masse der Krisenverlierer den Rechtsparteien zu.

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN WEISEN DEN WEG FÜR EINEN NEW DEAL

Will man diesen Trend umkehren, braucht es einen radikalen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Ein New Deal, der die Erfahrungen der 1930er Jahre in den USA und jene der skandinavischen Länder der 1990er berücksichtigt sowie neuere ökonomische Forschung zu den Ursachen der Krise sollte vom Prinzip getragen sein, das produktive Potenzial der Volkswirtschaft bestmöglich zu nutzen und gleichzeitig soziale Sicherheit, Gleichheit und Solidarität zu gewährleisten. Ein New Deal müsste aber auch Antworten auf Herausforderungen des beginnenden 21. Jahrhunderts geben, wie die rasant steigende Ungleichheit, den Klimawandel, Migration und Digitalisierung.

Es sind vor allem die internationalen Organisationen, allen voran die OECD, die mit ihren jüngsten Arbeiten im Rahmen des Projekts »New Approaches to Economic Challenges« Pionierarbeiten geleistet haben, die den Weg für einen New Deal des 21. Jahrhunderts weisen. Die Hauptaussage, die sich aus den Forschungsergebnissen von fast 30 großen Projekten ventilieren lässt, lautet grob vereinfacht: hohe Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft bedürfen eines starken Staates, des Ausbaus öffentlicher Investitionen in das Innovations-, Bildungs- und Sozialsystem und eines hohen Grades an Verteilungsgerechtigkeit. Viele Empfehlungen, die sich daraus ableiten lassen, könnten aus der »Mottenkiste« sozialdemokratischer Programmatik stammen. Ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad sei wichtig für den sozialen Zusammenhalt, Deregulierung der Arbeitsmärkte sei schließlich schädlich für das Wachstum; hohe Produktivitätsfortschritte wirken nur dann langfristig wachstumsfördernd, wenn diese breit verteilt werden, Gleichheit der Einkommen und Vermögen sei eine Voraussetzung für Wachstum. Auch der Internationale Währungsfonds setzt sich selbstkritisch mit Positionen des Neoliberalismus auseinander (Ostry et al. 2016).

Aber auch ein sich herausbildender Konsens unter den ÖkonomInnen – mit Ausnahme einiger ordoliberaler deutscher Ökonomen – zu den Ursachen der Krise in der Eurozone, die primär in der Nachfrageschwäche gesehen werden, die wiederum über Hysteresiseffekte die Innovationskraft schwächt, stärkt die These von der Notwendigkeit einer Neudefinition des Verhältnisses von Markt und Staat. Nur ein

starker Staat garantiert, dass Märkte ihre Funktion bestmöglich wahrnehmen können. Deregulierte Märkte zerstören sich selbst, wie die Finanzkrise eindrucksvoll demonstriert hat. Die wichtigsten Innovationen und Wachstumswellen wurden vom Staat initiiert und unterstützend begleitet – der Schumpetersche ‚schöpferische Zerstörer‘ ist ein Mythos und wäre ohne staatliche Forschungsinfrastruktur undenkbar (Mazzucato 2013).

Es sind schließlich verlorene acht Jahre, die hinter uns liegen. Wäre die Eurozone wie im Durchschnitt des Jahrzehnts vor der Krise gewachsen, wäre das BIP heute um ca. 20% höher. 17,5 Millionen Menschen sind in der Eurozone arbeitslos, um fast 50% mehr als vor der Krise. Tatsächlich ist die Eurozone in den letzten Jahren nicht mehr gewachsen, das Bruttoinlandsprodukt lag 2015 auf dem Niveau von 2008. Im Unterschied dazu liegt das BIP-Niveau in den USA um 10% darüber. Die USA konnten durch expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen sowie eine rasche, das Budget schonende Restrukturierung des Bankensystems die große Rezession 2009 rasch überwinden und zu einer Phase moderaten Wachstums mit sinkenden Arbeitslosenzahlen zurückkehren. Im Euroraum hingegen wurde die Wirtschaft in eine Bilanzrezession katapultiert. Nach einem Sozialisierungsmanöver privater Verluste, das in der jüngeren Geschichte seinesgleichen sucht, wurden Konsolidierungsmaßnahmen gesetzt, die insbesondere die öffentlichen Investitionen, aber auch Sozialausgaben betrafen.

Eine andere Sichtweise ist, dass es der Wirtschaftspolitik, allen voran der EZB, gelungen ist, die Währungsunion vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren und die drohende Depression immerhin in eine säkulare Stagnation zu verwandeln. Letztere beschreibt einen Zustand, in dem die Wirtschaft kaum mehr wächst und die Wirtschaft droht, in eine Schuldendeflationsspirale abzugleiten. Unternehmen, öffentliche und private Haushalte sparen, um hohe Schulden, deren Tilgung im Zuge niedriger und negativer Inflation immer schwieriger wird, zurückzuzahlen oder um angesichts der hohen Unsicherheit Liquiditätsreserven zu haben. Die angehäuften Ersparnisse sind somit weitaus höher als die Investitionen. Um Sparen zu reduzieren und Investitionen anzukurbeln, müsste der Zinssatz weit unter Null gesenkt werden. Dies wäre praktisch nur möglich, wenn das Bargeld abgeschafft würde. Bargeld ist aber identitätsstiftend und wird von vielen als Hort von Freiheit und Selbstbestimmung wahrgenommen. Dazu kommt, dass Investitionen neben dem Zinssatz von vielen an-

deren Faktoren abhängig sind: Konsum, der wiederum von Löhnen und Einkommen bestimmt wird.

Was sind die strukturellen, tieferen Ursachen säkularer Stagnationstendenzen, die ein weltweites Phänomen darstellen, schon vor der Krise sichtbar, aber durch kreditfinanziertes Wachstum überdeckt waren und nun in der Eurozone aber besonders drastisch zu Tage treten?

Forschung der britischen Notenbank zu den Ursachen der säkularen Stagnation zeigt, dass es neben anderen Einflussfaktoren (z. B. Demographie) vor allem die steigende Ungleichheit war, die das Sparen zuungunsten des Konsums erhöht und hat (Rachel/Smith 2015). Steigende Ungleichheit hängt neben dem technologischen Wandel und der Globalisierung vor allem mit der Schwächung der Gewerkschaften zusammen, wie Forschung des Internationalen Währungsfonds zeigt (Jaumotte/Buitron 2015). Das schwache Lohnwachstum wiederum ist dafür verantwortlich, dass die Inflation auf niedrigem Niveau verharrt.<sup>1</sup> Dies, sowie die restriktive Fiskalpolitik sind mit ein Grund dafür, dass die expansiven Maßnahmen der EZB nicht voll wirken können.

### RADIKALER KURSWECHSEL IN EUROPA NOTWENDIG

Die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume der Nationalstaaten, die ökonomischen Grundlagen dieser Misere nachhaltig zu verändern, sind viel größer, als immer wieder behauptet. Ein New Deal, der diesen Namen verdient, hat aber zur Voraussetzung, dass es auch zu einer Neuordnung der wirtschaftspolitischen Koordinierungsarchitektur der Währungsunion kommt, die eine koordinierte expansive Geld- und Fiskalpolitik ermöglicht. Damit können auch verloren gegangene Handlungsspielräume zurückgewonnen werden, z. B. durch die Trockenlegung von Steueroasen, die Harmonisierung oder Koordinierung von Körperschafts- und Vermögenssteuern, ökonomisch sinnvolle fiskalische Regeln (»golden rule«), ein Euroraumbudget, das mittels automatischer Stabilisatoren hilft, Länder, die in eine Krise geraten, zu stabilisieren. Zentral sind Eurobonds, die verhindern sollen, dass Finanzmärkte zwischen vermeintlichen Risiken von Staaten differenzieren und somit gegen Staaten spekulieren können. Ebenso wichtig sind Regeln, die helfen, die teilweise merkantilistisch agierende Wettbewerbsstaaten der EU in kooperierende Sozialstaaten mit verpflichteten Mindeststandards zu transformieren. Ein Element dabei wäre, den makroökonomischen Dialog im Euroraum zu stärken, der helfen

soll, Lohnsetzungsregeln durchzusetzen, die dem historischen Trend sinkender Lohnquoten entgegenwirken. Der bei beinahe 8% verharrende Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands in Relation zum BIP, der zum einem guten Teil auf Lohndumping und Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen ist, trägt wesentlich dazu bei, dass die Erholung in der Eurozone so schwach ist. Die Liste von Dingen, die notwendig sind, ließe sich beliebig fortsetzen. Die politischen Kräfteverhältnisse lassen derzeit nur punktuell Hoffnung auf Durchsetzung zu.

### PERSPEKTIVEN EINES NEW DEAL IN ÖSTERREICH

Welche Handlungsspielräume hat Österreich unter diesen Rahmenbedingungen? Bevor diese im Folgenden für drei Politikfelder kurz umrissen werden, ein paar Fakten: Die Wirtschaftsleistung Österreichs lag 2015 nur knapp über dem Niveau von 2008. Wäre das Land wie im Jahrzehnt vor der Krise gewachsen, wäre das BIP um 17% höher. Banken- und Wirtschaftskrise haben den Staatshaushalt enorm belastet. Ohne unmittelbare Unterstützung der Banken wäre die Staatsschuldenquote um 11 Prozentpunkte niedriger als heute (2015: 86,2%) (Fiskalrat 2016).

Dennoch gehört Österreich zu den Ländern, die relativ gut durch die Krise gekommen sind. Österreich ist nach Luxemburg, Irland und den Niederlanden immerhin das viertreichste Land der EU, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. In den letzten Jahren war allerdings das Konsum- und Investitionswachstum, insbesondere im Wohn- und Tiefbau, sehr schwach. Die größten Probleme sind die zuletzt gestiegene Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Teilzeitarbeit, insbesondere von Frauen, die steigende Einkommens- und Vermögensungleichheit, fehlende leistbare Wohnungen, Armut, Defizite im Bildungs- und Innovationssystem und bei der Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen sowie ein Steuer- und Abgabensystem, das den österreichischen Standort schwächt und Mindeststandards von Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit nicht erfüllt.

### ARBEITSBESCHAFFUNGSPROGRAMM UND ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Nach EU-Definition wird die Arbeitslosenquote dieses Jahr voraussichtlich auf 6% steigen, ein historischer Höchstwert. Es wurden zwar seit 2008 trotz schwacher Konjunktur um 6,2% mehr Jobs geschaffen, das Arbeitsangebot ist jedoch noch stärker gestiegen, vor allem durch ein späteres Pensions-

antrittsalter, höhere Frauenbeschäftigung sowie Migration. Dazu kommt, dass die neu geschaffenen Stellen vorwiegend Teilzeitjobs sind. Das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen ist seit 2008 lediglich um 1,4% gestiegen. Die sehr hohe Teilzeitquote von Frauen von beinahe 50% und die zum Teil damit zusammenhängende hohe Lohnschere zwischen Männern und Frauen von knapp 40% (arbeitszeitbereinigt: 23%) stellen dringend zu lösende Probleme dar. Bei der arbeitszeitbereinigten Lohnschere belegt Österreich nach Estland den zweit schlechtesten Platz von 28 EU-Ländern. Fehlende Karriereperspektiven, Altersarmut und Verfestigung von traditionellen Rollenbildern sind die Folge.

Ein Beschäftigungsprogramm zur Reduktion der Arbeitslosigkeit sollte neben den aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen primär bei der Arbeitsnachfrage ansetzen – durch expansive fiskalische Impulse, die Konsum und Investitionen erhöhen. Die öffentliche Investitionsquote liegt zwar mit 3% des BIP im Euroraumdurchschnitt. Angesichts steigenden Bevölkerungswachstums und Unterinvestitionen in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Pflege, Gesundheit, Bildung, sozialer Wohnbau und Ökologisierung der Wirtschaftsstruktur gibt es hier einen hohen Nachholbedarf. Investitionen, die den Umbau zu einer ökologischen nachhaltigen Wirtschaftsstruktur unterstützen, müssten begleitet werden von einer Ökologisierung der Steuerreform. Eine Wohnbauoffensive könnte nicht nur Wohnraum und Arbeitsplätze schaffen, sondern auch helfen, die steigenden Immobilien- und Mietpreise, insbesondere in Wien zu dämpfen.

Weiters sollte die Arbeit durch eine Verkürzung der Arbeitszeit gleich verteilt werden. Trotz des Erfolgs von optionalen Modellen, wie die Freizeitoption stellt sich aus gleichstellungspolitischer Perspektive die Frage nach einer allgemeinen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Dem technischen Fortschritt sukzessive eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich folgen zu lassen konnte sich bis in die 1980er-Jahre auf breiten gesellschaftlichen Konsens stützen. Seither beobachten wir eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, vorwiegend zu Lasten von Frauen, deren Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich gesenkt wurde. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde nicht nur helfen die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und, bei vollem oder teilweisen Lohnausgleich, produktivitätsfördernd wirken.<sup>2</sup> Sie könnte auch indirekt einen Beitrag zur Reduktion der Lohnschere zwischen Männern und Frauen leisten, indem die generell reduzierte Arbeitszeit eine gleichere Verteilung der Kinderbetreuung und

Hausarbeit ermöglicht. Wichtig wäre dabei auch die steuerliche Bevorzugung von Überstunden zu überdenken und diese zu verteuern. Anreize zur Umwandlung von Teilzeitjobs in reduzierte Vollzeitjobs wären dringend notwendig.

Wie in anderen Ländern besteht eine hohe Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem Nutzen der Arbeit und der Bewertung der Arbeit durch den Markt. Die Verteilung der Marktlöhne wird laufend ungleicher. Die ungleiche Primärverteilung des Marktes ist durch kein Gerechtigkeitspostulat zu rechtfertigen. Am unteren Ende der Verteilung findet sich ein Lohnniveau, das die Finanzierung von immer teurer werdendem Wohnen und Lebenserhaltung kaum möglich macht. 5% aller Erwerbstätigen verdienen trotz Erwerbsarbeit so wenig, dass sie von ihrem Erwerbseinkommen nicht leben können. Wie in den meisten Ländern befindet sich der österreichische Arbeitsmarkt in einem Zustand zunehmender Polarisierung. Während es dabei tendenziell zur Aufwertung qualifizierterer Tätigkeiten kommt, besteht vor allem für gering- und mittelqualifizierte ArbeitnehmerInnen die Gefahr des sozialen Abstiegs.

Gleichzeitig sind Personen im mittleren Qualifizierungsbereich vom strukturellen Wandel – insbesondere durch Automatisierung – betroffen. Während die Beschäftigung in Hochlohnbranchen rückläufig ist, steigt jene in niedrig entlohnten Dienstleistungssektoren. Der Sozialstaat greift hier zwar korrigierend ein; weitere Maßnahmen sind notwendig, um die Arbeits- und Lebenssituation des prekären unteren Einkommensdrittels zu verbessern. Zu überlegen wäre eine weitere Anhebung der Negativsteuer, um die Lebensbedingungen jener Menschen, die in sehr niedrig entlohnten Jobs beschäftigt sind, zu verbessern sowie eine Anhebung der Mindestlöhne. Auch die soziale Lage mancher Arbeitslosen ist prekär, insbesondere von mittlerweile schon 40% der Arbeitslosen, die schon über ein Jahr keinen Job finden. Dass 27% aller Arbeitslosen nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen verweist auch auf die Notwendigkeit einer Qualifizierungsoffensive.

## STÄRKUNG DES WIRTSCHAFTSSTANORTS SOWIE DES INNOVATIONS- UND FORSCHUNGSSYSTEMS

Österreichs Wirtschaft ist stark exponiert und in die Wertschöpfungskette Zentraleuropas integriert. Der Leistungsbilanzüberschuss von 2,6% (Güterbilanz: 0,8%) ist ein Indiz dafür, dass Österreich kein Wettbewerbsproblem hat, wie immer wieder behauptet, sondern eine Importschwäche aufgrund

niedriger Nachfrage. Allerdings zeichnet sich die Produktionsstruktur durch ein Übergewicht traditioneller, in mittleren Technologiesegmenten tätiger Industriezweige aus, die in Zukunft möglicherweise verstärkt in Konkurrenz mit aufstrebenden Volkswirtschaften stehen werden.

Eines der Ziele der langfristigen Forschungs- Innovations- und Technologiestrategie der österreichischen Bundesregierung ist es daher, bis 2020 zur Gruppe der führenden Innovationsnationen (Dänemark, Schweden) der EU aufzuschließen. Dieses Ziel ist allerdings gefährdet. Die F&E-Intensität des privaten Sektors ist zu gering. Insbesondere im Bereich nachfrageseitiger Innovationsförderung gibt es Nachholbedarf. So könnten beispielsweise durch höhere Standards und Regulierung im Umweltbereich Innovation angestoßen werden. Anstrengungen in Forschung und Entwicklung werden oft durch das Fehlen von Perspektiven der Marktdurchdringung zu nichte gemacht. Ein Beispiel ist die Innovationsförderung im Umweltbereich. Aufgrund der zuletzt stark gesunkenen Energiepreise sind manche CO<sub>2</sub>-sparende Innovationen am Markt nicht mehr überlebensfähig. Wichtig ist daher die Kohärenz sämtlicher Maßnahmen zu beachten, indem beispielsweise Innovationsförderung im Umweltbereich durch CO<sub>2</sub>-Steuern unterstützt wird.

Auch der Förderung der Spitzenforschung als Innovationsmotor für die Wissensgesellschaft ist wichtig, etwa durch die Verbesserung der universitären Ausbildung und die Steigerung der Attraktivität der österreichischen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Forschungs- und Bildungspolitik muss aber, will sie erfolgreich sein – erfolgreich auch im Sinn von Aufklärung und Demokratie – beides berücksichtigen, Spitze und Breite. Die Breite braucht die Spitze, sie gibt die geistige Anregung, ohne Breite aber agiert die Spitze im luftleeren Raum.

Soziale Mobilität ist Voraussetzung für Innovation. Die Ausbildung muss daher auf allen Ebenen verbessert werden, nicht nur im universitären Bereich. Qualitativ hochwertige vorschulische Ausbildung für alle Kinder (z.B. 2. Kindergartenjahr), die Förderung der sprachlichen Ausbildung und Entwicklung insbesondere von MigrantInnen und deren Kinder, die Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr, Qualifizierungsoffensiven (z.B. Fachkräftestipendien) sowie die Aufhebung sozialer Barrieren beim Zugang zur Bildung müssen ebenso Teil einer österreichischen Exzellenzstrategie sein. Öffentliches strategisches Eigentum in zentralen Bereichen

der Infrastruktur im weitesten nur möglichen Sinne ist ein bedeutender Standortfaktor und sollte in Österreich gestärkt werden.<sup>3</sup> Der Staat als Mehrheitsaktionär von großen Unternehmen kann Herausforderungen der Globalisierung wirksam begegnen. Ein Staat, der seine Anteile an Beteiligungen sukzessive veräußert, handelt fahrlässig. Er gibt wirtschaftspolitische Spielräume aus der Hand, wie zum Beispiel die Möglichkeit, Infrastrukturinvestitionen auszubauen oder in der Krise seine Funktion als »employer of last resort« auszuüben. Er macht sich und insbesondere die Beschäftigten zum Spielball von Unternehmensentscheidungen von Konzernzentralen in zentralen Bereichen der Versorgung und Wirtschaftspolitik.

### STEUERSTRUKTUREREFORM UND FINANZIERUNG DES SOZIALSTAATES

Österreichs Steuer- und Abgabesystem weist eine Reihe von Schwachstellen auf, die von internationalen Organisationen immer wieder kritisiert werden. Ein im internationalen Vergleich herausragendes Charakteristikum ist die hohe steuerliche Belastung des Faktors Arbeit; Vermögenerträge und –bestände, die sehr ungleich verteilt sind, werden hingegen wenig besteuert. Das Aufkommen aus Vermögenssteuern in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist in Österreich mit 0,7% das fünftniedrigste aller OECD-Länder. Mit Vermögens- und vermögensbezogenen Steuern wären selbst mit sehr hohen Freibeiträgen und geringen Steuersätzen beachtliche staatliche Einnahmen zu erzielen (Eckerstorfer et al. 2014), mit denen Arbeit entlastet und Zukunftsinvestitionen finanziert werden könnten.

Die Belastung des Faktors Arbeit könnte auch mit einer Wertschöpfungsabgabe gesenkt werden. Zur Finanzierung wesentlicher Teile der Sozialversicherungssysteme (Gesundheits-, Unfall-, Pensions- bis hin zu Familienleistungen) wird in Österreich die Lohnsumme (ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenbeiträge) herangezogen. Deren Anteil am Volkseinkommen ist aber in den letzten Jahrzehnten zugunsten der Gewinn- und Kapitaleinkommen zurückgegangen. Die Idee einer Wertschöpfungsabgabe basiert nun darauf, die Bemessungsgrundlage um letztere zu verbreitern. Schließlich könnte auch mehr Beitragsgerechtigkeit zwischen personalintensiven Wirtschaftssektoren, die im derzeitigen System benachteiligt werden und den stärker kapitalintensiven Sektoren hergestellt werden, die weniger Arbeitsplätze schaffen.

### AUSBLICK

Will man die gewaltigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern, braucht es eine Neudefinition des Verhältnis-

ses von Staat und Markt. Ein »inklusives Wachstumsmodell«, wie es die OECD fordert, stellt Produktivitätszuwächse sicher, die gleich verteilt werden. Die Durchsetzung dieses Modells bedarf eines starken und effizienten Staates. Dies ist schließlich die wichtigste Lehre aus der Finanzkrise. 

**ELISABETH BLAHA**

ist Ökonomin in Wien.

## LITERATUR

**Eckerstorfer, Paul, Steiner Viktor und Florian Wakolbinger**, Steuerreformvorschläge in der Diskussion – Eine Mikrosimulationsanalyse der Aufkommens- und Verteilungswirkungen für Österreich. *Wirtschaft und Gesellschaft* 2/2014. | **Estevão M.M. und F. Sá** 2008. The 35-hour workweek in France: Straightjacket or welfare improvement? *Economic Policy*, 23/55: 417-463. Fiskalrat Austria, Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2015-2020. Mai 2016. | **Gubian, A., S. Jugnot, F. Lerais und V. Passeron**. 2004. Les effets de la RTT sur l'emploi : des simulations ex ante aux évaluations ex post, *Économie et statistique*, 376-377: 25-54. | **Jaumotte, Florence and Carolina Osorio Buitron**, *Inequality and Labor Market Institutions*, IMF Staff Discussion Note, July 2015. **Mazzucato, Mariana** (2013), *The Entrepreneurial State: debunking public vs. private sector myths*. Anthem Press: London, UK. | **Ostry, Jonathan, Loungani, Prakash and Davide Furceri**, *Neoliberalism: Oversold?* IMF Finance & Development, June 2016. | **Rachel, Lukasz und Thomas Smith**, *Secular drivers of the global real interest rate*, Bank of England, Staff Working Paper No. 571, December 2015.

1. Mario Draghi in der *Financial Times*, 1. Februar 2016
2. Die sozialistische Regierung Jospin hatte 1998 und 2000 die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 39 auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich beschlossen, die schrittweise, erst für große Firmen dann für kleinere Firmen eingeführt wurde. Ziele waren neben der Reduktion der Arbeitslosigkeit Geschlechtergerechtigkeit (Aufteilung der Hausarbeit) sowie mehr Freizeit für alle. Laut einer Studie der Statistikbehörde Insee (Gubian, et al. 2004) lassen sich rund 350.000 der zwischen 1998 und 2002 entstandenen Arbeitsplätze auf die 35-Stundenwoche zurückführen. Es zeigten sich auch Produktivitätsfortschritte. Umfragen verweisen auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsqualität, insbesondere für Frauen (Estevão 2008).
3. Brigitte Ederer, *Wo geht's lang?* *Die Zeit*, 18. Februar 2016 sowie Silvia Angelo, *Gas Connect: Was für den Privaten billig, ist für den Staat zu teuer?* *Blog.arbeit-wirtschaft.at*, 21. März 2016.

# Der unternehmerische Staat

Als Bundeskanzler Christian Kern einen neuen »New Deal« als Vision vorstellte, wurde die Idee mitunter als nostalgische Reminiszenz an längst vergangene Zeiten dargestellt. Die Tragfähigkeit dieser Vision ist jedoch längst aus dem Schatten utopischer Phantasien herausgetreten, wie etwa die von Kern zitierten Arbeiten von Mariana Mazzucato aufzeigen. Armin Puller stellt einige Überlegungen der innovativen Ökonomin vor, deren Vorschläge für ein neues Bündnis von Regierung und privatem Sektor in den USA mitunter begeisterte Beachtung in der ökonomischen Fachwelt hervorgerufen haben.

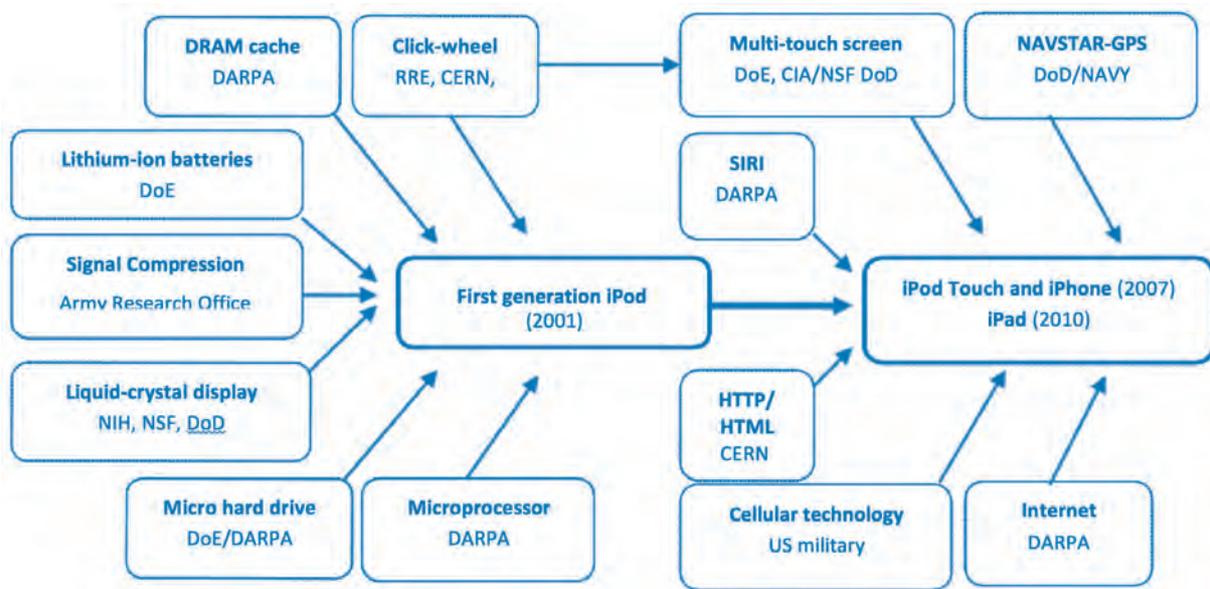
Nicht erst seit Michael Spindelegger die Wirtschaft entfesseln wollte und darunter eine Reduktion staatlicher Regulierung der Unternehmensfreiheit, staatlicher Besteuerungen und staatlicher Auflagen in den Arbeitsverhältnissen verstand, steht das Verhältnis von Staat und Ökonomie im Zentrum aller politischen Auseinandersetzungen und definiert die Spaltungslinien im politischen Spektrum zwischen Links und Rechts. Die Anrufung des Bildes der Fesseln gehört dabei zum argumentativen Kanon der politischen Rechten seit Beginn des Aufkommens politischer Theorien des Liberalismus. In dieser Denkweise stehen sich die Sphären des Staates und der Wirtschaft diametral gegenüber und kämpfen um einen jeweils größeren Anteil. Auch wenn das Zeitalter des Neoliberalismus mit dem marktformigen Regieren neue, den Konservativen genehmere, Verbindungen von Markt und Politik geschaffen hat, sind der Kampf zwischen Markt und Staat und die Zurückdrängung des Staates das Steckenpferd neoliberaler Ideologien.

Für die Ökonomin Mariana Mazzucato, die sich seit vielen Jahren mit Innovationen beschäftigt, gehören diese Ansichten in das Reich abstrakter wirtschaftlicher Ideologien. Bei Betrachtung aller relevanten Innovationen vom Bau der Eisenbahnen über die Elektrifizierung bis hin zu Zukunftstechnologien der Gegenwart zeigt sich ihr zufolge nämlich ein völlig anderes Bild: Ohne den Staat hätte es die meisten Innovationen niemals gegeben. Einen Großteil ihrer Forschungen machte Mazzucato 2011 in ihrem Buch *The Entrepreneurial State* (2015a) zugänglich, das seit 2014 auch auf Deutsch unter dem Titel *Das Kapital des Staates* vorliegt. Seither hat sie einige

Erweiterungen vorgenommen und auch politische Ableitungen für die USA und einige europäische Staaten formuliert. Ihre zentrale These lautet, dass der Staat im Bereich von Innovationen immer schon mehr gemacht hat, als bloßes Marktversagen auszugleichen und bestimmte Rahmenbedingungen zu schaffen. Vielmehr hat er aktiv neue Märkte geschaffen und zeichnet verantwortlich für das gesamtwirtschaftliche Netzwerk an Innovationen, bestehend aus Forschung, Entwicklung, strategischer Planung, Finanzierung und Kommerzialisierung. Hinter jeder Innovation steht ein aktiver Staat; und je erfolgreicher ein Wirtschaftsraum Innovationen hervorbringt, desto stärker standen staatliche Interventionen dahinter. Ein neues Denken über den Staat, das sich dieser Tatsachen bewusst ist, könne künftige Innovationen befördern und wirtschaftliche Impulse smarter, nachhaltiger und inklusiver Art hervorbringen.

## NEOLIBERALE MYTHEN ÜBER INNOVATION

Geht es nach den dominanten, neoliberalen Ansichten über wirtschaftliche Zusammenhänge, erscheint die wirtschaftliche Dynamik als vom privaten Sektor hergestellt. Wer also von den Folgen dieser Dynamik profitieren möchte – höhere Beschäftigung, steigender Wohlstand und damit Lebensstandard für alle etc. –, müsse dem privaten Sektor mehr Raum geben und folglich den Staat zurückfahren. Die Austeritätsdebatte hat diese Ansichten, Mazzucato zufolge, sicherlich weiter radikalisiert. Wie schon der schottische Politikwissenschaftler Mark Blyth in seinem Grundlagenwerk *Austerity: The History of a Dangerous Idea*, das von der Financial Times zum Buch des Jahres 2013 gewählt wurde, aufzeigt, ist Austeritätspolitik kei-



Staatlich entwickelte Technologien als Bestandteile von Apple-Produkten  
(Grafik: Mazzucato 2015a: 116)

ne ökonomische Doktrin im herkömmlichen Sinn, sondern ein politisches Projekt zur neuen Grenzziehung zwischen Staat und Markt.

In den neoliberalen Theorien über Innovation und Wachstum entdeckt Mazzucato zahlreiche Irrtümer, die über bisherige Kritiken neoliberaler Theorien hinausgehen. Die Triebkräfte des innovationsbasierten Wachstums werden üblicherweise auf der Ebene der Firmen vermutet und mit hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, kleinen, flexiblen Firmenstrukturen, Zugang zu privatem risikofreudigen Kapital oder niedrigen Steuern und geringen Auflagen verbunden. In dieser Anschauung ist der Erfolg der USA gegenüber Europa in Bezug auf Innovation vor allem das Ergebnis von staatlicher Zurückhaltung. Tatsächlich lassen sich weder diese Zusammenhänge auf Firmenebene bestätigen, noch könnte man vom US-Staat als abwesend sprechen. Mazzucato entwickelt einen Ansatz, in dem Innovationen als eingebettet in größere Netzwerke von AkteurInnen und Rahmenbedingungen verstanden werden und in diesem Netzwerk hängt vom Staat gar nicht wenig ab. Das Argument entwickelt sie nicht nur wirtschaftstheoretisch, sondern auch entlang von interessanten Fallbeispielen.

### APPLE – PARADEFALL INNOVATIVEN UNTERNEHMERTUMS?

Wie kaum andere Unternehmen steht Apple für innovative technologische Revolutionen. Seinen Aufstieg zu einem der weltweit größten Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 230 Mrd. USD (2015) und einem Börsenwert von

etwa 600 Mrd. USD verdankt es der Entwicklung zahlreicher smarterer Produkte, die den Umgang mit elektronischer Kommunikation für immer verändert haben, insbesondere dem iPod (2001), dem iPhone (2007) und dem iPad (2010). Sein Gründer Steve Jobs gilt als Inbegriff schumpeterianischen Unternehmertums, der – ausgestattet mit Vision, Erfindergeist, Ehrgeiz und Konsequenz – ausgehend von einer Garagefirma in einem kalifornischen Vorort, den Computer zum Massenprodukt entwickelte und den Digital Lifestyle prägte. Die Geschichte von Apple ist die Geschichte freien Unternehmertums – wäre da nicht eine untergründige Geschichte der Rolle des Staates, die Mariana Mazzucato und ihr Team akribisch aufgedeckt haben.

Apples Unterstützungen durch den Staat lassen sich in drei Bereiche gliedern: direkte Investitionen und Subventionen durch die US-Regierung; Zugang zu Technologien, die in öffentlichen Forschungseinrichtungen bzw. mittels öffentlicher Gelder entwickelt wurden; sowie Steuer-, Handels und Technologiepolitiken, die US-Unternehmen zu besseren Positionen im globalen Konkurrenzkampf verhelfen. Da sich Apple selbst als Technologieentwickler darstellt, ist insbesondere der zweite Aspekt von Bedeutung. In ihrem Buch zählt Mazzucato zwölf technologische Bestandteile von Apple-Produkten auf, die ohne den Staat niemals entwickelt worden wären: (1) die CPU-Mikroprozessoren, (2) die DRAM-Speicherchips, (3) die Mikrofestplatten, (4) die LCD-Displays, (5) die langlebigen Lithium-Polymer- und Lithium-Ionen-Batterien, (6) die digitale Signalverarbeitung, (7) das Internet, (8) das http-Protokoll und die HTML-Sprache, (9) die Mobilfunktechnologie und das

Mobilfunknetz, (10) das GPS- Positionsbestimmungssystem, (11) die »Click Wheel«- und »Touch Screen«-Navigation, sowie (12) die Spracherkennungs- und Interpretationsschnittstelle (bei Apple als SIRI bekannt). Für alle diese Technologien kann Mazzucato zeigen, dass nicht nur die wissenschaftlichen Grundlagen, sondern sogar die abstrakte wie konkrete Ausarbeitung technologischer Lösungen zur Produktion und kommerziellen Nutzung vom Staat ausgegangen sind. Die staatliche Beteiligung erstreckt sich dabei auf Universitäten und Forschungseinrichtungen, Forschungs- und Innovationsprogramme zahlreicher US-Ministerien (vor allem in den Politikfeldern Energie und Verteidigung), militärische Forschungsprogramme sowie die Weltraumforschung (siehe Grafik).

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Leistungen von Apple genauer bestimmen als Entwicklungen nicht von Technologien und technischen Komponenten, sondern eher als solche der Integration dieser in innovative Produktdesigns. Die Ingenieursarbeiten von Apple sind dabei keineswegs kleinzureden, denn für die Produktentwicklung, die ansprechenden Designs oder die Benutzerfreundlichkeit benötigt es viel Know-How, klare Visionen und auch ein scharfsinniges Gespür für potenziell relevante neu aufkommende Technologien. Die Grundlagen für Apples Aufstieg liegen aber außerhalb von Apple und auch außerhalb des privaten Sektors: in der jahrzehntelangen Innovationsarbeit durch den Staat sowie in den hochgradig risikoreichen staatlichen Investitionen in aufkommende Technologien und Förderung ihrer Marktreife.

### IST APPLE EIN SONDERFALL?

Mazzucatos Untersuchungen über Apple haben vielfach Aufmerksamkeit erregt. In der Untermauerung ihres Arguments über die Rolle des Staates als zentraler Faktor von Innovationen ist Apple jedoch nur ein Beispiel von vielen. Tatsächlich offenbart sich ein ähnliches Bild auch in anderen Bereichen, etwa der Pharmaindustrie, dem Biotechnologiebereich, der IT-Industrie als Gesamtheit oder jenem der Windenergie und Solarkraft.

Im Bereich der Pharmaindustrie lässt sich leicht feststellen, dass die Entwicklung neuer Medikamente zumeist das Ergebnis von Arbeiten in staatlichen Laboren darstellt (dies gilt für etwa 75 % neuer Medikamente), während private Investitionen häufig auf die Weiterentwicklung von Dosierungen bereits bestehender Wirkstoffe begrenzt sind – Mazzucato erwähnt hier Viagra in neuen Formen, Farben und Dosierungen. Die Bedeutung staatlicher Investitionen in den USA – vor allem durch das National Institute of Health (NIH) – lässt

sich vor dem Hintergrund der Statistiken leicht missverstehen, gibt es doch stark steigende Zahlen bei privaten Patenten. Deren Aufschlüsselung verdeutlicht jedoch die Dominanz von Patenten für Medikamentenvariationen gegenüber jenen für neue Medikamente (14%). Betrachtungen der Forschungs- und Entwicklungsausgaben von Pharmakonzernen weisen darüber hinaus auf der Firmenebene zwar steigende Zahlen auf; genaue Betrachtungen zeigen aber, dass gerade große Player den Forschungsteil fast vollständig zurückgefahren haben zugunsten des lukrativen Entwicklungsbestandteils.

Das staatliche NIH ist es, das – um ein Bild von Mazzucato zu erwähnen – die Welle erzeugt, die von Privaten gesurft wird: Es investiert seit den 2000er Jahren jährlich mehr als 30 Mrd. USD in etwa 50.000 kompetitive Forschungsprogramme (80%) zugunsten von etwa 325.000 Forschenden in 3.000 Forschungseinrichtungen sowie für eigene Labore mit 6.000 Forschenden (10%). Seine Gesamtinvestitionen im Zeitraum zwischen 1976 und 2010 belaufen sich auf 624 Mrd. USD, wodurch es mit Abstand den zentralsten Investor medizinischer Wissensproduktion bildet.

Für den biotechnologischen Bereich der Wissensökonomie zeigt Mazzucato (gestützt auf Arbeiten anderer ÖkonomenInnen) folgendes Bild auf: Obwohl die Geschäftsführenden dieser Unternehmen in der öffentlichen Debatte besonders hartnäckig für den freien Markt eintreten, ist die gesamte Biotechindustrie das Ergebnis staatlicher Wissensproduktion, Lenkung und Organisation – und waren dieselben Geschäftsführenden nicht zimperlich, die US-Regierung auf allen Ebenen um Geld und andere Unterstützungen zu bitten, die für die Entstehung und den Bestand dieses Wirtschaftszweigs auch entscheidend waren. Neben der Biotechnologie kann auch der IT-Bereich genannt werden. Kaum jemand weiß etwa, dass der Erfolg von Google maßgeblich von der Finanzierung seines Suchalgorithmus durch die National Science Foundation (NSF) abhängig war. In den Firmenerzählungen erscheint stets nur der dynamische private Sektor, nie aber der Staat in seinen unternehmerischen Leistungen, obwohl die Visionen für Zukunftstechnologien, die langfristige Planung und Ausarbeitung von Strategien sowie die erforderlichen mutigen Schritte der Wissensproduktion, der Entwicklung und des finanziellen Risikos ohne ihn nicht denkbar wären. Vom Staat lässt sich weniger als eines Parasiten von Innovation sprechen, sondern von einem Innovator, der mindestens in einem symbiotischen Verhältnis mit dem privaten Sektor steht.

## STAATLICHE INNOVATIONSKRAFT

Der Staat hat nicht nur die Bedingungen für Innovation hergestellt, sondern jeweils die für Innovationen verantwortlichen bahnbrechenden Forschungen aktiv gefördert und finanziell unterstützt sowie die notwendigen Netzwerke zwischen Staat und privatem Sektor geschaffen. Letztlich handelt es sich dabei um Aufgaben, die vom privaten Sektor nicht deshalb nicht geleistet werden, weil ihm der Staat dafür keine Luft lässt, sondern weil der private Sektor dazu grundsätzlich nicht in der Lage sein kann.

Mazzucato zeigt dies implizit an einem sich derzeit noch im Entwicklungsstadium befindenden Bereich technologischer Innovation, dem der Nanotechnologie. Die US-Regierung wurde auf diesen Bereich aufmerksam, als noch nicht einmal feststand, was unter Nanotechnologie genau zu verstehen sei. Erst der – bereits in den 1990er Jahren entstandenen – staatlichen National Nanotechnology Initiative (NNI) fiel die Rolle zu, Definitionen zu finden, Forschungen und Forschende zusammenzuführen und einen unterstützenden Verwaltungsapparat aufzubauen. Die Steuerungsgruppe dieser Initiative kam damals zum Schluss, dass marktreife Produkte frühestens in einigen Jahrzehnten zu erwarten wären und daher Schritte des privaten Sektors auszuschließen seien – einerseits wegen des privaten Investitionshorizonts von höchstens drei bis fünf Jahren und andererseits wegen der Firmen- und Branchenstruktur des privaten Sektors, die interdisziplinäre Forschungen höheren Grades kaum befördern könne. Nur der staatliche Bereich, so die Einschätzung, weise ausreichend flexible Strukturen und den erforderlichen langem Atem auf. Noch hat der Bereich der Nanotechnologie keine verwertbaren Ergebnisse erzielt und Entwicklungen werden noch Zeit in Anspruch nehmen; seine künftige Relevanz steht allerdings kaum in Zweifel. Unter Führung der staatlichen National Science Foundation (NSF) arbeiten derzeit 13 staatliche Einrichtungen an Forschungen und Entwicklungen, die jährlichen Kosten betragen etwa 1,8 Mrd. USD. Aus dem NSF heißt es, dass die wirtschaftliche Bedeutung von Nanotechnologie bereits heute weitaus höher liegen würde, hätte die US-Regierung entsprechende Programme zur Marktreife von Technologien gestartet. An die Innovationskraft des privaten Sektors glaubt derzeit offenbar noch niemand.

Diese Problematik kennzeichnet auch den Sektor der Energieinfrastruktur. In den USA scheint sich jedoch, so Mazzucato, keine langfristige staatliche Strategie abzuzeichnen, die der erneuerbaren Energie zu einem höheren Stellenwert ver-

helfen würde. Die Projekte, die es von staatlicher Seite gibt, sind größtenteils ambivalent, auch da von Regierungsseite die Abkehr von fossilen Energieträgern nicht in ausreichendem Maße angedacht wird. Mazzucato zeigt, dass für privates Kapital einfach ein zu großes Risiko besteht, Technologien und Firmen zu unterstützen, sofern sich Fragen der Massenproduktion und Marktanteile noch nicht befriedigend beantworten lassen. Zusätzlich gibt es starke Player des Fossilismus, die in grüne Technologiepatente investieren, um die Marktreife dieser Technologien vorläufig zu behindern.

Was es für die grüne technologische Revolution braucht, zeigt die Geschichte erfolgreicher Technologien, nämlich im Bereich von Wind- und Solarenergie. Ohne die vom Staat bereits in den 1970er Jahren initiierten Forschungsprojekte (in diesem Fall waren auch Deutschland und Dänemark an vorderster Front mit dabei), wären die Solarpanele und Windturbinen von heute nicht möglich gewesen. Bedeutung auf dem Markt erlangten die Technologien erst spät: Im Jahr 2000 standen Wind- und Solarenergie für einen globalen Markt von 7 Mrd. USD, 2011 dagegen bereits für 164 Mrd. USD. An der Frage, wer für diese Technologien verantwortlich zeichnet, lässt Mazzucato keinen Zweifel und listet die fast ausschließlich staatlichen Interventionen zu verdankenden Beiträge im Gesamtsystem grüner Innovation detailliert auf. Interessant ist allerdings, dass es die USA nicht geschafft haben – trotz der staatlichen Beiträge für Forschung, Entwicklung und Marktreife –, die Position des global führenden Herstellers von Solarpanelen und Windturbinen einzunehmen. Diese Position wurde ab 2010 von China übernommen, dank einer klaren Verankerung der Förderung grüner Technologien in der nationalen Energiestrategie, ambitionierten Plänen, die bis 2050 Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von 1.000 GW zu installieren vorsehen (entspricht dem 2,5-fachen Umfang der Gesamtnennleistung aller bis 2015 global installierten Windkraftanlagen), sowie entsprechenden wirtschaftlichen Richtlinien, die einen Anteil von 70% der Bestandteile der Windenergieanlagen aus nationaler chinesischer Produktion erzwingen.

## SOZIALISIERUNG DES RISIKOS UND PRIVATISIERUNG DER GEWINNE

Ungleich dem Verhältnis zwischen Risiko und Ertrag in der Finanzwirtschaft, erhält der Staat für seine Leistungen nicht nur keinen Ruhm, sondern zumeist auch keine Erträge – wenn einmal von den (geringen) Steuereinnahmen von Unternehmen abgesehen wird. Mazzucato nimmt auch hier

Apple als Beispiel: Wie andere Firmen hat Apple ein komplexes Firmennetzwerk am Rande der Legalität geschaffen, um Steuerleistungen in den USA zu vermeiden. SteuerexpertInnen gehen davon aus, dass Apple maximal 30% seiner Gewinne ordnungsgemäß meldet. Dem US-Staat entgehen dadurch jährlich Milliardenbeträge. Das entgangene Geld wandert u.a. auch direkt in die Etagen von Vorständen, von denen 9 Einzelpersonen im Jahr 2012 jeweils etwa das 15.000-fache des Durchschnittsgehalts von VerkäuferInnen in Apple-Shops verdient haben.

In anderen Bereichen ist die Situation noch absurder, wie im Pharmabereich, wo der Staat häufig doppelt zahlt. Ein Beispiel ist das Krebsmedikament Taxol: Obwohl es durch das NIH entwickelt und finanziert wurde, werden die Gewinne von der privaten Firma Bristol-Myers Squibb abgeschöpft. Eine jährliche Einzelmedikation wird mit etwa 20.000 USD verrechnet, womit die Verkaufskosten in ihrer Gesamtheit die Entwicklungs- und Produktionskosten um etwa das 20-fache übersteigen. Immerhin – im Unterschied zu vielen anderen Fällen – streift der Staat bei Taxol 0,5% Gewinnbeteiligung ein. Die Beteiligungsrate hätte im umgekehrten Verhältnis allerdings eine größere Berechtigung.

Das Geld, das dem Staat entgeht, wird von den Firmen häufig nicht sinnvoll eingesetzt, wie von Mazzucato zitierte Studien aufzeigen (Mazzucato 2015b): Der Ökonom William Lazonick fand heraus, dass 449 von 500 der zwischen 2003 und 2012 bei S&P gelisteten Firmen 54% ihrer Einnahmen dazu genützt haben, um ihre eigenen Aktien zurückzukaufen – eine Summe von etwa 2.400 Mrd. USD. Das Geld hätte auch sinnvoller eingesetzt werden können, zum Beispiel, um das System der Privatisierung der Gewinne zu verändern und den Staat in seiner unternehmerischen Rolle zu unterstützen.

### ABLEITUNGEN

Die Frage, die sich nach Lektüre von Mazzucatos Arbeiten ergibt, ist zwangsläufig jene nach der Rechtfertigung des privaten Sektors: Wenn Staaten sowohl für die Forschung und Innovation als auch für Investitionen und Kommerzialisierungsschritte verantwortlich zeichnen, wofür sind dann eigentlich die Privaten da? Mazzucato beantwortet diese naheliegende Frage nicht, scheinen die Implikationen doch über ihr Argument hinauszuweisen. Wofür Mazzucato Partei ergreift, ist in erster Linie, im ideologischen Kampf das falsche Bild des Staates als bloß parasitärem Marktregulierer zu entzaubern und sich gegen die neoliberalen Mythen auf den Staat neu zu beziehen.

Gerade jene Ökonomien mit aktiven Staaten, die risikoreiche Investments tätigen, sind auch die erfolgreichsten. Allzu häufig wird in der Debatte betont, dass der Staat nicht dazu in der Lage wäre, aktiv zu handeln, Innovation zu betreiben und erfolgreiche Technologien zu entwickeln. Ein angeführtes Beispiel ist die Concorde in Europa. Innovation kennt aber auch Rückschläge und diese gehören zum Innovationsprozess einfach dazu – gerade, wenn es um viel geht, sind auch die Einsätze und das Risiko hoch.

Mazzucatos zentrale Ableitung spricht die staatliche Beteiligung an: Wenn der Staat den Kuchen (mit-)produziert, so soll er doch auch mitnaschen. So wie Apple von seinen Risiken und Innovationen (Integration von Technologien in schön designten Geräten) profitiert hat, sollte auch der Staat für seine Innovationsarbeiten (Herstellung der verarbeiteten Technologien) belohnt werden. Mazzucato stellt hierbei die Frage in den Raum, welche Innovationsmöglichkeiten heute wohl im Bereich grüner Technologien finanziell möglich wären, würde der Staat als Gegenleistung für seine Innovationsarbeit im Bereich des Internets bloß 1% der Gewinne im IT-Bereich lukrieren.

Die Gewinnbeteiligungen sollten, so Mazzucato, nicht einfach in den normalen Budgethaushalt einfließen, sondern besser in einen nationalen Innovationsfonds zur Förderung künftiger Innovationen und Technologien. Sie verhelfen dem Staat dazu, seine Innovationskraft zu entfalten und positiv auf die Ökonomie einzuwirken. Neben dem nationalen Innovationsfonds sind auch staatliche Investitionsbanken für Innovationen denkbar. Einzelne Entwicklungsbanken nehmen bereits heute diese Rolle ein – und offensichtlich recht erfolgreich, wie die Beispiele der brasilianischen BNDES oder der chinesischen CDB deutlich machen. Die BNDES erhielt 2013 14,5% Eigenkapitalrendite für Investitionen im Bereich grüner und biotechnologischer Projekte, wovon ein Teil in den Technologiefonds FUNTEC floss, ein anderer Teil in einen Investitionsfonds für soziale und kulturelle Maßnahmen. Die CDB ist ein Paradebeispiel für konjunkturbelebende Investitionen in grüne Technologie: In Argentinien finanzierte es das größte Windenergieprojekt des Landes mit drei Mrd. USD, verkaufte dabei chinesische Turbinen und investiert die Zinsen für Kredite in weitere Infrastrukturprojekte.

Mazzucato erwähnt noch einen anderen Aspekt von Investitionspolitik, der an Bedeutung nicht übertrieben werden kann: Alles Kapital, das in staatliche Zukunftsfonds fließt, ent-

geht dem Kreislauf der privaten Kapitalabschöpfung, die in den letzten Jahrzehnten die soziale Ungleichheit befördert und damit auch die hauptsächliche Bedingung für die anhaltende Wirtschaftskrise des postfordistischen Kapitalismus bildet. Hier verbindet sich Mazzucato mit der Ungleichheitsdebatte (Thomas Piketty, Gabriel Zucman, Richard G. Wilkinson, Kate Pickett), deren überzeugende Argumente für staatlichen Interventionismus von der Politik bisher unerhört geblieben sind. Für eine neue sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zeigen Mazzucatos Arbeiten auf, dass die Notwendigkeit planerischer Eingriffe in die Wirtschaft durch den Staat nicht nur im Bereich von Steuern zur Erhöhung sozialer Gleichheit von Nöten ist, sondern auch im Bereich der Erarbeitung langfristiger Strategien für zukünftig relevante Wirtschaftsbereiche. Die Probleme der Gegenwart – soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, ökologische Krise etc. – können vom privaten Sektor nicht gelöst werden. Seine Rolle und Aufgaben müssen neu definiert werden. Einsatzpunkte für die Sozialdemokratie gibt es damit zur Genüge. 

**ARMIN PULLER**

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

## LITERATUR

**Blyth, Mark** (2013): Austerity. The History of a Dangerous Idea; Oxford: Oxford University Press. | **Mazzucato, Mariana** (2011a): The Entrepreneurial State; in: Soundings 49; 131-140. | **Mazzucato, Mariana** (2011b): The entrepreneurial state; in: Renewal 19(3/4); 32-42. | **Mazzucato, Mariana** (2015a): The Entrepreneurial State. Debunking Public vs. Private Sector Myths. Revised Edition; New York: Public Affairs. | **Mazzucato, Mariana** (2015b): The Innovative State. Governments Should Make Markets, Not Just Fix Them; in: Foreign Affairs 94(1); 61-66. | **Mazzucato, Mariana** (2016) From market fixing to market-creating. A new framework for innovation policy; in: Industry and Innovation 23(2); 140-156.



THEODOR VON HÖRMANN

1840–1895

Tümpel im Buchenwald | 1892

Öl auf Leinwand | 70,5 × 120 cm

Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck



THEODOR VON HÖRMANN

1840–1895

Der Maler im Blumengarten (Selbstbildnis) | um 1891/92

Öl auf Leinwand | 38,5 × 59 cm

Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck

# Das »Haus der Geschichte Österreich«

**Diskussionen über ein** Geschichtsmuseum ziehen sich in Österreich bereits über sieben Jahrzehnte. Als Kompromiss wurde nun eine Lösung gefunden, die das neue »Haus der Geschichte« in die Hofburg eingliedert und im Rahmen der Nationalbibliothek verankert. Christian Klösch diskutiert die symbolische Dimension dieser Lösung und plädiert für einen bewussten Umgang mit dem geplanten Standort.

**N**achdem sich die beiden Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP jahrelang gegenseitig in der Frage der inhaltlichen Ausrichtung eines Museum zur österreichischen Zeitgeschichte blockiert haben, ist seit 2014 Bewegung in die Sache gekommen. Ausschlaggebend war, dass das »schwarze« Land Niederösterreich dem Grazer Uni-professor Stefan Karner die Möglichkeit gab, im Niederösterreichischen Landesmuseum sein »Haus der Geschichte Niederösterreichs« (HGNÖ) zu realisieren. Damit drohte, dass der Bund zum 100-jährigen Republik-Jubiläum 2018 mit leeren Händen dastehen würde. Der ehemalige sozialdemokratische Kanzleramtsminister Josef Ostermayer, – seit der Ortstafellösung in Kärnten – Spezialist für heikle Themen, hat sich hierauf der Idee des »Haus der Geschichte Österreichs« angenommen und den Wiener Oliver Rathkolb mit der Ausarbeitung eines Konzepts beauftragt. Letztendlich sind in den vergangenen Monaten die Weichen sowohl in Niederösterreich als auch in Wien für die beiden »Häuser der Geschichte« gestellt worden.

## HGNÖ VERSUS HGÖ – ZWISCHENSTAND DER DINGE IM FRÜHSOMMER 2016 MIT EINEM AUSBLICK INS JUBILÄUMSJAHR 2018

In der Frage der Realisierung hat das HGNÖ im Frühsommer 2016 die Nase vorne. Die 3.500m<sup>2</sup> große Ausstellungsfläche im Landesmuseum Niederösterreich ist definiert. Mit Christian Rapp, Gewinner des Ideenwettbewerbs für den Österreich-Pavillon in Shanghai 2010, gibt es einen Kurator der Ausstellung und von den »Planet Architekten« gibt es auch schon erste Gestaltungsvorschläge. Auch mit ersten Sammelaufrufen zu Objekten ist das Museum in den letzten Monaten an die Öffentlichkeit gegangen und der Ankauf der »Kaiser Franz Joseph-Sammlung« des Wiener Gastronomen Plachutta

für das HGNÖ ging in den letzten Monaten durch die Medien. Von den zukünftigen Inhalten des HGNÖ ist wenig bekannt. Im Groben soll ein Drittel der Ausstellungsfläche sich der Zeit bis zum 19. Jahrhundert und die restlichen zwei Drittel mit der Zeit ab dem 19. Jahrhundert beschäftigen. Wie die zeitliche Gewichtung aber konkret sein wird, bleibt aber den KuratorInnen der unterschiedlichen Querschnittsthemen vorbehalten. Der Eröffnungstermin mit Sommer 2017 ist zwar ambitioniert, aber machbar.

Im Jahr 2017 wird es also in St. Pölten ein »Haus der Geschichte Niederösterreich im Landesmuseum Niederösterreich« geben. Es wird aber in seine Konzeption in keiner Weise mit dem HGÖ vergleichbar sein, obwohl die Niederösterreicher es gerne so sehen möchten. In St. Pölten wird es eine zeitgenössische Dauerausstellung zur Landesgeschichte geben, so wie sie auch in anderen österreichischen Landesmuseen gezeigt werden. Von überregionaler Bedeutung wird diese Schau – soweit man das heute schon beurteilen kann – jedoch nicht sein.

Betrachtet man den wissenschaftlichen Beirat für das HGNÖ so kommen von 92 Beiratsmitgliedern 32 aus Niederösterreich, der Rest stammt aus den übrigen österreichischen Bundesländern. Beiräte, die eine internationale Perspektive für die, laut Prof. Karner, so wichtigen Verbindungen Niederösterreichs in den Raum Leipzig-Dresden-Krakau-Bratislava-Budapest-Ljubljana-Zagreb einbringen sollten, sind jedoch kaum zu finden. So stammen überhaupt nur drei Personen des Beirats aus dem Ausland. Schließlich sei noch erwähnt, dass unter den 92 Mitgliedern des Beirates sich nur 18 Frauen befinden. Beim Wiener »Haus der Geschichte Österreichs« sind

hingegen zumindest 9 der 31 Beiratsmitglieder Frauen und zehn von ihnen stammen von einer ausländischen Institution. Damit ist zumindest sichergestellt, dass verstärkt eine internationale Perspektive in das Ausstellungskonzept eingebracht werden kann.

Die Zusammensetzung der Beiräte in Niederösterreich und Wien spiegelt wohl mehr das wissenschaftliche Netzwerk der beiden Protagonisten Stefan Karner und Oliver Rathkolb wieder. Dabei sind die Beiräte auch die »Gatekeeper«, die darüber entscheiden, welche Themen in der Ausstellung gezeigt werden und wie es gezeigt wird. Was auffällt ist, dass es sich beim Rathkolb-Beirat überwiegend um ein ExpertInnen-Gremium handelt, das damit auch den Stand der akademischen Geschichtsschreibung widerspiegelt. Eine transparentere Beschickung des Beirates und eine breitere, auch öffentliche Diskussion der inhaltlichen Schwereetzungen der beiden neuen Museen, wären auf jeden Fall begrüßenswert gewesen.

In beiden Konzepten konnte man sich offenbar nicht dazu durchringen, sich ausschließlich auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu konzentrieren. Dabei wollen laut einer vom HGÖ initiierten Umfrage 64% der Befragten, dass das HGÖ ein Forum für Zeitgeschichte werden soll. Das HGÖ will die Geschichte Österreichs ab der Mitte des 19. Jahrhunderts mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Zeit von 1918 bis in die Gegenwart behandeln. 78 Jahre Monarchiegeschichte und 100 Jahre Republikgeschichte sollen dabei thematisiert werden. Daraus ist leider aber keine Schwerpunktsetzung auf die Zeitgeschichte herauszulesen. Arbeitsgruppen, die sich mit der »Kunst und Moderne seit dem 19. Jahrhundert«, der »Musik und der Geschichte Österreichs seit 1800 – Avantgarde, Moderne, Klassik und Unterhaltungsmusik bis in die Gegenwart« und mit dem »Reflexionsraum Österreich: Meilensteine der Geschichte von 1814/15 bis heute« beschäftigen, lassen erahnen, dass bei manchen Themen auch auf noch frühere Zeitabschnitte zurückgegriffen werden wird.

Insgesamt liest sich das HGÖ-Konzept wie die Themensammlung zu einem wissenschaftlichen Sammelband der Geschichte Österreichs von 1800 bis zur Gegenwart. Zu Recht wurde kritisiert, dass MuseologInnen und MuseumsvermittlerInnen in der Konzeption des Hauses nicht oder nur am Rande eingebunden waren und sind. Eine Ausstellung zu gestalten und ein neues Museum mit einer eigenen Sammlungsstrategie zu entwickeln, braucht aber mehr als die wissenschaftliche

Expertise von HistorikerInnen, denn eine Ausstellung zu gestalten, ist etwas anderes, als einen Artikel mit dreidimensionalen Objekten zu illustrieren und mit Medienstationen zu ergänzen.

In Punkto Organisation liegt St. Pölten derzeit eindeutig vorne. Während es in Wien weder eine Ausschreibung für die Museumsleitung und die KustodInnen gibt, kann man in Niederösterreich auf das Know-how und die Ressourcen des bestehenden Landesmuseums zurückgreifen. In Wien soll die Museumsleitung auch der Direktion der Österreichischen Nationalbibliothek unterstellt sein, das wäre in etwa so, als ob das Historische Museum der Stadt Wien eine Unterabteilung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek wäre. Das zeigt einerseits wie halbherzig das HGÖ konzipiert wurde und wie viele Kompromisse eingegangen werden mussten, um das Projekt überhaupt durchführen zu können.

Eine Eröffnung des HGÖ zum 100. Geburtsjahr der Republik 2018 ist freilich schon aufgegeben worden. Nun steht als Eröffnungstermin der Frühjahr 2019 im Raum. Die Feierlichkeiten zum Republikjubiläum sollen aber im Auftrag der Bundesregierung und in Absprache mit der Leitung des HGÖ vom scheidenden Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer koordiniert werden. In Gespräch ist eine Wanderausstellung, die vom HGÖ-Team konzipiert wird und durch die Bundesländer touren soll.

## **DAS »HAUS DER GESCHICHTE ÖSTERREICHS« ALS UNTERMETER IM REPRÄSENTATIONSBAU DER FAMILIE HABSBURG**

Viel ist schon über den Standort des HGÖ diskutiert, geschrieben und gesagt worden. Auch auf die Gefahr hin, altbekannte Argumente zu wiederholen: Der Standort ist denkbar ungeeignet für das Vorhaben. Es ist ein Kompromissstandort, der keine mutige Lösung ist, die die Republik zum 100. Geburtstag verdient gehabt hätte. Leider wurde diese Jahrhundertchance vergeben und so wird das Haus der Geschichte als Untermieter in die für die Kaiserfamilie geplanten Wohnräume einziehen.

Die »neue Hofburg« wurde im 19. Jahrhundert als Teil des Kaiserforums konzipiert und sollte das Prestigeprojekt »Ringstraße« zum Abschluss bringen. Die Prunk- und Prachtstrasse im Bereich der ehemaligen Befestigungsanlagen stellt ein Gesamtkunstwerk des Historismus dar und ist Ausdruck des politischen und künstlerischen Konzepts der zweiten Hälfte

des 19. Jahrhunderts. Jedes Bauwerk an der Ringstraße hatte dabei seine eigene Funktion, die sich gerade auch in der Architektur widerspiegelt: So wurde die Universität im Stil der Renaissance gestaltet, da im 15. Jahrhundert die Wissenschaften neu aufblühten. Das Rathaus in seinem neugotischen Stil ist eine Reminiszenz an die freien Stadtverwaltungen des Mittelalters. Das Parlament verweist in seinem Stil auf die griechische Antike, als die Wiege der Demokratie. Und die beiden Museen mit den Kaiserlichen Sammlungen zu Naturwissenschaft und Kunst sollten in Verbund mit dem Burgtor und den beiden geplanten Spangen der Hofburg als zukünftiges Kaiserforum die Familie Habsburg-Lothringen feiern. Obwohl nur eine der beiden Spangen mit der »Neuen Hofburg« realisiert wurde, ist der Heldenplatz umringt von monarchischer Herrschaftsarchitektur.

Diesen Gesamteindruck vielleicht durch eine weit sichtbare architektonische Intervention zu durchbrechen, wird wohl aus den unterschiedlichsten Gründen nicht möglich sein. Aus Gründen des Denkmalschutzes und aus Rücksicht auf den Boulevard (Stichwort Diskussion um das Museumquartier in den 1990er Jahren) wird es nicht möglich sein, eine mutige Lösung, wie sie zum Beispiel am Reichstag in Berlin gelungen ist, am vorgesehenen Standort durchzusetzen. Damit ist aber eines schon einmal klar: Die Republik und ihr HGÖ wird sich architektonisch der Monarchie unterordnen müssen. Ein Großteil des Baubudgets wird dafür aufgewendet werden müssen, die ursprünglich für repräsentative Wohnzwecke konzipierten Räumlichkeiten den Ansprüchen eines Museumsbetriebs des 21. Jahrhunderts anpassen zu können. Wie die repräsentativen Stiegenaufgänge als Ausstellungsfläche auch barrierefrei gemacht werden können, stellt eine große Herausforderung dar.

Hätte man sich gleich für einen Museumsneubau – gar in einem der neuen Wiener Stadtentwicklungsgebiete – entschieden, hätte man sich diese und andere Überlegungen erspart. Ein Museumsneubau für ein HGÖ wäre ein selbstbewusstes Zeichen der Republik gewesen, diese Chance wurde vergeben. Gern wird in dieser Zeit von einer zweiten Gründerzeitwelle Wiens gesprochen und es schwingt ein wenig Stolz mit, dass Wien aktuell zu einer der am schnellsten wachsenden Städte Europas zählt. Im Gegensatz zur Gründerzeit des 19. Jahrhunderts, fehlt es der Gründerzeit des 21. Jahrhunderts aber bis jetzt an repräsentativen Kulturbauten. Internationale Vergleiche gäbe es genug, wo Staaten und Städte mutiger waren. Man braucht nicht lang zu suchen, selbst im

eigenen Land gibt es gelungene Beispiele, wie das Ars-Electronica Center in Linz oder das Kunsthaus in Graz. So wie bei einem Kunstwerk sowohl der Inhalt die Form bedingt und umgekehrt, so ist es auch bei einem Museum: Inhalt und Form entscheiden darüber, ob eine Ausstellung gelungen ist, ob ihre Inhalte auch entsprechend vermittelt werden können.

## WÜNSCHE AN EIN HGÖ

Museen waren in der Vergangenheit Orte der »Demonstration der Macht«. Ihr Zweck war es, das zu vermitteln und sich selbst sowohl in Inhalt und Form zu repräsentieren, was als kultureller Kanon der Gesellschaft jeweils angesehen wurde. Museen waren als Bildungstempel konzipiert, auch Sakralbauten für die Kunst, die Naturwissenschaft, die Technik usw. Sie waren Kristallisationsorte des Nationalen, wo sich nationales Erbe, Nationalgefühl und kultureller Imperialismus manifestierte.

Die Rolle der Museen in der Gesellschaft hat sich heute gewandelt. Heute sollen sie Orte der Diskussion sein, die nicht belehren, sondern Orientierung geben können für die komplexen Entwicklungen der Gegenwart. Und manchmal mutieren sie zu reinen Unterhaltungsetablissemments der Spaßgesellschaft.

Das HGÖ sollte ein Ort der Kommunikation und der Auseinandersetzung werden, in dem sich die BesucherInnen wiederfinden können mit ihrer Geschichte und ihrer Lebenswirklichkeit. Im besten Fall wäre das HGÖ ein »barrierefreies« Haus im ureigentlichsten Sinne des Wortes. Ein Museum, das selbst jene Barriere niederreißt, mit der der Begriff des Museums bisher verbunden war; das aber selbst auch jene Barrieren thematisiert, die jahrhundertlang Menschen an ihrer persönlichen Entwicklung und an der Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen haben. Ein Museum, das sich alleine den Bildungsbarrieren, den Geschlechterbarrieren, den vielschichtigen sozialen und gesellschaftlichen Inklusionen und Exklusionen sowie den Herkunftsbarrieren und deren Beseitigung widmet, wäre schon ein wahres Republikanismuseum. Denn was war und ist die republikanische und demokratische Staatsform denn anderes, als der Versuch, so viele Menschen wie möglich an den gesellschaftlichen und politischen Prozessen der Gesellschaft teilnehmen und mitwirken zu lassen? Ein HGÖ, in dem die Vielfalt der Menschen, die in Österreich leben, sich repräsentiert und wahrgenommen sehen, wäre eine wahres Republikanismuseum und ein Gegenentwurf zu den monarchischen Herrschaftsmuseen

der Ringstraße. Von den konzipierten Inhalten her könnte das HGÖ noch ein solches Haus werden, was die äußere Form aber betrifft, wird sich das HGÖ in der neuen Hofburg einrichten müssen, womit die Republik – und damit wir alle – UntermieterInnen der Familie Habsburg bleiben. 🍷

# Wie könnte das »Haus der Geschichte Österreich« aussehen?

**Nach langen Diskussionen** über ein Museum der Republiksgeschichte, haben Regierung und Nationalrat in den letzten beiden Jahren Schritte der Verwirklichung eines »Houses der Geschichte« gesetzt. Wie könnte und soll ein solches Haus allerdings aussehen und welche Vermittlungsmöglichkeiten sollte es wählen? Stephan Neuhäuser stellt Entwicklungen und neueste Trends im Museumsbereich vor und diskutiert Ableitungen.

*»Heute hört man in der Hauptstadt Wien neben Deutsch auch Türkisch, Dari, Tschetschenisch, Haussa, Farsi...«*

*»Und die Vorurteile waren damals (Tschechisch, Jiddisch, Leute aus Galizien) dieselben wie heute ... Alleine deshalb tut ein Haus der Geschichte Not. Es zeigt die Parallelen auf und warnt vor den möglichen Folgen von Lernresistenz.«*

(Aus dem Online-Diskussionsforum von [www.derstandard.at](http://www.derstandard.at) zu dem Artikel »Vergessenes Erbe« von Barbara Coudenhove-Kalergis über das »Haus der Geschichte Österreich«, der am 30. März 2016 veröffentlicht wurde)

Liest man die Worte des antwortenden Diskussionsteilnehmers, stellen sich hinsichtlich des »Haus der Geschichte Österreich« (in der Folge »HGÖ«) zahlreiche Fragen: »Wie stellt man die »Parallelen zu damals« dar?« »Wie warnt man in einem Museum vor den »Folgen von Lernresistenz?«, »Wie soll das überhaupt funktionieren?«, »Wie soll so ein Museum aussehen – innen, außen, museumsdidaktisch...?« usw. usf. Bevor ich auf diese Fragen eingehe, möchte ich auf die wichtigsten Veränderungen in der Museumslandschaft im Verlauf der letzten Jahrzehnte eingehen, wobei die aktuellsten Trends dem HGÖ durchaus entgegenkommen.

Die ersten modernen Museen entstanden im achtzehnten Jahrhundert und blieben mit wenigen Ausnahmen (darunter Otto Neuraths Wiener »Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum« 1925) bis Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts großteils statisch: 1753 öffnete das British Museum in London als erstes öffentliches Museum Europas seine Tore; 1793 folgte in einem revolutionären Impetus die Sammlung des Louvre, heute

das größte Museum der Welt. Im 19. Jahrhundert entstanden in Europa und Nordamerika zahlreiche weitere Museen als Orte des Sammelns, der nationalen Repräsentation, aber auch als Forschungszentren – letztere eine Rolle, die insbesondere naturwissenschaftliche Museen erst während der Jahrhundertwende um 1900 an die Universität abgeben sollten.

Die breite Öffentlichkeit wurde in Museen jedoch lange Zeit nicht wirklich willkommen geheißen, da Museen bis weit in das 20. Jahrhundert Orte blieben, die in erster Linie Bildungseliten bedienten. Erst Finanzkrisen und damit zusammenhängend Krisenfinanzierungen (zeitgenössisch hierzulande die österreichische »Museumsmilliarde«) führten in den 1980er-Jahren zu einer Redefinition der gesellschaftlichen Rolle von Museen, nämlich als Einrichtungen »for the public benefit« (Museumsdefinition von UNESCO-ICOM 1986). Museen positionierten sich zunehmend, unabhängig von ihren EigentümerInnen, vor allem als »Botschafter« ihrer Städte oder Regionen, in Wien etwa das »MQ«, das als eines der größten Museumsareale Europas mit viel Verve und Intensität »Cool Vienna« transportiert, ähnlich wie »Tate Modern« in London, das sich am 17. Juni 2016 als »New Tate Modern« der Öffentlichkeit völlig verwandelt präsentierte (vgl. das Stichwort »experience and branding«).<sup>1</sup>

Diesem »Experience and branding« folgte als nächster musealer Trend die »Erlebnisarchitektur«, besser bekannt als »Bilbao Effekt«: grandiose Neubauarchitektur »gentryfizierte« 1997 die städtische Peripherie an der Avenida Abandoibarra in Bilbao. Auch an anderen Orten erwies sich dieses Konzept als ähnlich erfolgreich und wurde weltweit kopiert: etwa in Berlin (Jüdisches Museum) oder in Toronto, wo das beson-

Das Museum aan de Stroom (MAS), ein historisches Museum ist das neue städtebauliche Wahrzeichen Antwerpens (Foto: Stephan Neuhäuser)



ders spektakuläre Royal Ontario Museum »ROM« (Architekt: Daniel Libeskind) steht, das architektonische Interventionen am HGÖ in der Wiener Hofburg inspirieren könnte. In Graz wirkt der »Bilbao Effekt« am rechten Mur-Ufer bis heute durch die Erlebnisarchitektur des Kunsthauses, des »Friendly Alien« weiter, der erstmals einen österreichischen Museumsneubau auf die internationale Museumsarchitekturkarte brachte. Ähnliches wurde und wird auch in Wien auf kommunaler und auf Bundesebene – bis heute allerdings vergeblich – angedacht, nämlich Neubauten u.a. des Wien-Museums im »Sonnendviertel« südlich des ehemaligen Südbahnhofs, des »Hauses der Geschichte« in der Umgebung der Wiener UNO-City oder des »Leseturms« im Museumsquartier.

### »SOFT POWER«

Einem ganz neuen Trend, der am zutreffendsten mit »soft power« umschrieben werden kann, folgen neue historische Museen, die eben erst eröffneten, wie etwa das Mémoriale Acte in Point-à-Pitre in Gouadaloupe oder das Internationale Sklavereimuseum in Liverpool, das Zukunftsmuseum »Museum of Tomorrow« in Rio de Janeiro, aber auch »alte« Museen, die sich neu positionieren und kontroverielle Debatten nicht scheuen – ein vielversprechendes heimisches Beispiel für letztere ist das Museum für Volkskunde in Wien (aktuell läuft dort die sehenswerte Ausstellung »Schwarzösterreich. Die Kinder afroamerikanischer Besatzungssoldaten«; ähnlich spannend war die unmittelbar davor gezeigte multimediale Ausstellung »Vertriebene und Verbliebene erzählen. Tschechoslowakei 1937–1948«).

Der Begriff »soft power« wurde von Ngairé Blankenberg, Leiterin des Europa-Büros der kanadischen Museums-Consulting Agentur »Lord Cultural Resources«, in die Museologie eingeführt. »Lord Cultural Resources« war auch die von der österreichischen Bundesregierung 2007 mit der Erstellung eines Konzeptes für das HGÖ beauftragte Agentur. Diese Studie blieb wegen des Bruchs der Regierung (Vizekanzler Molterer: »Es reicht!«) lange unter Verschluss, und wurde erst voriges Jahr vom seinerzeitigen Kulturminister Josef Ostermayer der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (Download: <http://www.hdgoe.at/downloads/>).

Der ursprünglich politikwissenschaftliche Begriff »soft power« (Joseph Nye) bedeutet völkerrechtlich die »politische Einflussnahme einer Regierung auf Grundlage der kulturellen Attraktivität ihres Landes.« Im Bereich der Kulturvermittlung versteht man unter »soft power« das nachhaltige Engagement von Museen für ihre soziale Umwelt, insbesondere im Angesicht der dramatischen weltweiten Urbanisierung – »Museums are beginning to understand themselves as networked civil society institutions with soft power that can enhance the importance of cities and empower their residents and visitors. Museums enhance the soft power of cities when they are signifiers of pride and distinctiveness; when they are anchors providing stability, memory, employment and *forum for exchanging ideas*; and when they are nodes in an *international cultural network promoting lasting relationships among and between cultural workers and civil society.*«<sup>2</sup> (Hervorhebung durch den Autor)

### BILDER SAGEN MEHR ALS TAUSEND WÖRTER

»Bilder sagen mehr als tausend Wörter« – deshalb darf ich im Folgenden einige Beispiele musealer »soft power« darstellen. Das Programm »Prototyping Places for People« des »Yerba Buena Center for the Arts« in San Francisco positionierte beispielsweise ein bis dahin elitäres und daher nur einem eingeschränkten Kreis von BesucherInnen zugängliches Museum völlig neu.<sup>3</sup> Im Zuge einer Kooperation zwischen Museum und Stadtverwaltung wurde die breite Öffentlichkeit in Form einer öffentlichen Ausschreibung dazu eingeladen Vorschläge für (im weitesten Sinn verstandene) kulturelle Interventionen für die Verbesserung der Lebensqualität in San Francisco zu machen. Im Rahmen der ersten Ausschreibung, die sich auf die Market Street in San Francisco bezog, wurden von mehreren hundert Personen, viele davon museumsfern, aber an ihren Lebens- und Arbeitsumwelten im Umfeld der Market

Street interessiert, Ideen für diesbezügliche Interventionen eingereicht, von denen etwa 50 »Prototypen« nach einer professionellen Evaluation gemeinsam mit KünstlerInnen, HistorikerInnen, TechnikerInnen und HandwerkerInnen umgesetzt wurden. Die meisten davon bewährten sich und wurden von der Stadtverwaltung als permanente Installationen übernommen. Mittlerweile finden die »Prototyping« Aktionen regelmäßig statt – man stelle sich vor, wie inspirierend so eine kommunal-museale Kooperation (etwa mit dem MUMOK) für den heiß umkämpften Umbau der Wiener Mariahilferstraße sowohl für die Kommunalverwaltung als auch für das beteiligte Museum hätte sein können.

Ein ähnliches Modell verfolgt das Van Abbe Museum in Eindhoven (Offene Ausschreibungen, die sich an die breite Öffentlichkeit richten). Spannend ist auch die Wanderausstellung »Birth of the Cool: California Art, Design, and Culture at Midcentury« des kalifornischen Orange County Museums: zusätzlich zu der ursprünglich ausschließlich professionell kuratierten Ausstellung wurden Jugendliche eingeladen das Thema eigenständig aufzuarbeiten und in einem separaten Raum zu präsentieren. Letzteres hatte den Effekt, dass die von den jugendlichen Laien gestaltete Ausstellung einen größeren Publikumserfolg hatte als die eigentliche Ausstellung und vieles dieser »Laien Ausstellung« in die derzeitige permanente Ausstellung übernommen wurde.<sup>4</sup>

Ein weiteres Beispiel für die Wirkung von »soft power« sind seit mehreren Jahren die »Refugee Days« des Londoner Victoria and Albert Museum: Im Rahmen dieser Veranstaltung führen Flüchtlinge die »normalen« britischen Museumsbesucher durch die Ausstellungsräume und erzählen ihre Geschichte anhand passender Exponate.<sup>5</sup>

### »SOFT POWER« IN HISTORISCHEN MUSEEN: EXPERTINNEN IM O-TON

Auch historische Museen wählen neue Wege, wie etwa das »Museum aan de Stroom« (MAS), seit 2011 das neue architektonische Wahrzeichen Antwerpens. Dessen Direktor Carl Depauw im O-Ton: »Traditional museology, by which objects are preserved for their intrinsic historical and aesthetic value, has been replaced by a new approach, *focusing on the dissemination of values and meanings of heritage for society*, and innovative managerial elements encompassing *relationships with the community and stakeholders*, reflecting the museum's new responsibilities.«<sup>6</sup> Deutlicher ist Julie Higashi (Ritsumeikan University, Kyoto, Japan) in ihrem Text »Eye on the rear-view«

über historische Gedenkstätten: »Yet facing history is not just about going back to darker days – looking at our surroundings through a rear-view mirror – but about *choosing to participate in the present, and contemplating what kind of society we wish to strive for.*«<sup>7</sup> Der Museumsberater, Gründer des Internationalen Sklaverei Museums und erfolgreiche Direktor der National Museums Liverpool (seit seinem Amtsantritt 2001 vervierfachen sich die Besucherzahlen der NML) David Fleming tritt sogar dafür ein, dass historische Museen in politischen Situationen, die eine Bedrohung oder Missachtung von Demokratie und Menschenrechten bedeuten, klar und offen Stellung beziehen: »The modern museum takes its social responsibility very seriously, and increasingly, is expected by the public to do so. *These museums do not sit idly by while abuses rage all around them.*«<sup>8</sup> (Hervorhebungen durch den Autor)

Gerade in Zeiten wie diesen, in denen Fremdenhass, Populismus und Nationalismus – dieser Text entstand am Tag des britischen »BREXIT« – im Vormarsch sind, wird das HGÖ, wie es auch in der aktuellen Umsetzungsstrategie des Internationalen Wissenschaftlichen Beirates<sup>9</sup> vorgesehen ist und damit ganz im Sinne David Flemings, eine wichtige Stimme der Vernunft sein.

### GANZ KONKRET: WAS SOLL DAS HAUS DER GESCHICHTE ÖSTERREICH JETZT TUN?

Das HGÖ am Heldenplatz ist mit seiner Konzentration auf das Thema »Demokratie«<sup>10</sup> und die BesucherInnengruppe »Jugendliche« (SchülerInnen)<sup>11</sup> für »soft power« geradezu prädestiniert. Die dafür notwendige Vermittlungsarbeit könnte bereits nach Bestellung der Direktion und während der Adaption der Museumsräumlichkeiten erfolgen, müsste aber bis Ende 2018/Anfang 2019 in Ermangelung eigener Räume einerseits im virtuellen Raum und »hands-on« im Umfeld des Museums entlang der »Demokratieachse«<sup>12</sup> zwischen Heldenplatz und Parlament stattfinden.

Im Vorfeld seiner Eröffnung könnte das HGÖ Vermittlungsprogramme anbieten, und zwar in technischer Kooperation (das bedeutet v.a. die Zurverfügungstellung von Raum für Vermittlungsaktivitäten) mit der Österreichischen Nationalbibliothek, die auch Trägerin des HGÖ ist, sowie weiteren Partnerorganisationen, wie etwa dem österreichischen Parlament (Demokratiewerkstatt im Palais Epstein) oder dem Museum Arbeitswelt in Steyr und dessen Politikwerkstatt DEMOS. Zu diesen Vermittlungsprogrammen würden insbesondere Rundgänge zu verschiedenen Kernthemen der neueren österreichi-

schen Geschichte zählen, die sich u. a. an bestimmten Jahrestagen orientieren und verschiedenen Routen folgen könnten. Vermittlungsprogramme könnten beispielsweise zu folgenden Anlässen stattfinden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- 27. Jänner: Internationaler Holocaust-Gedenktag
- 11./12./13. März: »Anschluss«
- 27. April: Österreichische Unabhängigkeitserklärung 1945
- 8./9. Mai: Befreiung vom Nationalsozialismus, Kriegsende 1945 in Europa, Europatag
- 26. Oktober: Nationalfeiertag
- 9. November: Gedenken an die Novemberpogrome
- 12. November: Ende der Monarchie/Gründung der Republik<sup>12</sup>

Abseits dieser Vermittlungsprogramme bietet der Heldenplatz dem HGÖ bereits in der Errichtungsphase viele Möglichkeiten aktiv zu werden und Profil zu entwickeln, u.a. im Rahmen von Gedenkveranstaltungen, Freiluftausstellungen (wie etwa 2015 die Freiluftausstellung »41 Tage. Kriegsende 1945. Verdichtung der Gewalt.«) und historischen Film- und Musikfestivals.

Um die Sichtbarkeit des HGÖ schon jetzt zu sichern, wäre eine temporäre Installation unmittelbar vor der Neuen Burg

am Heldenplatz besonders sinnvoll. Ich denke dabei an die »Rapid Response Collection« des Victoria and Albert Museum in London. »Rapid Response Collecting« bedeutet für das V&A das Sammeln von aktuellen Objekten, die im Moment ihres Erscheinens historisch relevant erscheinen. Da es sich bei dem V&A um ein Museum für angewandte Kunst und Design handelt, finden sich dort v.a. Objekte aus der Welt des Designs, der »angewandten Kunst«, darunter Objekte aus der Modebranche, die erste Pistole aus einem 3-D Drucker, eine der ehemals erfolgreichsten, heute aber nicht mehr erhältlichen Mobiltelefon-App (»Flappy Bird«), ein Volkswagen-Bauelement, das Abgaswerte verändert usw. Die Öffentlichkeit wird via Internet (Twitter, Telefon-App) eingebunden und wird dazu ermuntert Vorschläge zu machen, was in die »Rapid Response Collection« aufgenommen werden soll.

Für das HGÖ könnte ich mir – angelehnt an die »Rapid Response Collection« – einen »Reaktions-Raum« in einem temporären Raum (Container) vor der Neuen Burg vorstellen, in dem aktuelle zeitgeschichtliche Exponate – auch online verfügbar – gezeigt werden (Ende vorigen Jahres wären das u. a. die mehrsprachigen Plakate, die von den ÖBB am Höhepunkt der Flüchtlingswelle am Westbahnhof affiziert wurden, inklusive weiterer Exponate zum Thema).



Das Royal Ontario Museum in Toronto, Kanada - eine architektonische Inspiration für das Haus der Geschichte in der Wiener Hofburg? (Foto: Stephan Neuhäuser)

## EMOTION – EIN GEDANKE ZUM ERSTEN SCHAURAUUM DES HGÖ

Einen letzten Gedanken darf ich dem Thema »Emotion« widmen und komme damit zum »Innenleben« des HGÖ, das der kommenden Direktion aufgrund des Denkmalschutzes und der nicht ganz einfachen Raumaufteilung der Neuen Burg einiges aufzulösen geben wird. Ein nachhaltiges Museum lebt vor allem von Emotion. BesucherInnen, die in einem Museum nicht nur Wissen vermittelt bekommen, sondern Emotion erfahren haben, erleben das Museum wesentlich nachhaltiger, Erinnerungen an die Museumserfahrung wirken lange nach und im besten Fall tritt tatsächlich ein nachhaltiger Lerneffekt ein.<sup>15</sup> Ohne der Direktion und den AusstellungsgestalterInnen vorgreifen zu wollen, würde sich das Jahr 1938 für einen emotionalen Einstieg in das HGÖ anbieten. 1938 war das Jahr, in dem Österreich zum (vorläufig?) letzten Mal von der Landkarte verschwand; das Jahr, in dem die bereits beschädigte aber doch noch vorhandene politischen Restkultur vernichtet wurde, und Menschen von heute auf morgen brutalster Verfolgung ausgesetzt wurden. Zu diesem Ereignis existieren erschütternde Dokumente, die u. a. im Besitz der Österreichischen Nationalbibliothek sind.<sup>16</sup> Weitere »auratische« Originale sind im Besitz der Universität Harvard, die 1938 kurz nach dem »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich einen Aufsatzwettbewerb für österreichische Flüchtlinge ausschrieb. Die zumeist handschriftlichen Berichte, die von Verfolgung, Flucht und sadistischen Demütigungen berichten, könnten als Leihgaben in Kombination mit Fotos und Tondokumenten museumsdidaktisch richtig arrangiert einen emotional aufgeladenen Einstieg in das HGÖ und dessen »Leitmotiv« Demokratie bieten.<sup>17</sup>

Der für das HGÖ zuständige Kulturminister Thomas Drozda bezeichnete im Mai 2016 das Haus der Geschichte Österreich als »gut, richtig und notwendig«<sup>18</sup> und wird sich deshalb von den aktuellen Verzögerungstaktiken des Finanzministers nicht einschüchtern lassen. So gesehen erwarte ich mir, dass das HGÖ Anfang 2019 als ein spannendes, modernes Haus eröffnet wird und darf abschließend den Spiritus Rector des HGÖ, Oliver Rathkolb zitieren: »Das Haus der Geschichte Österreich wird bestimmt kein braves Nationalmuseum.«<sup>19</sup> 🍷

### STEPHAN NEUHÄUSER

befasst sich als Historiker seit den 1990er Jahren mit dem Thema »Haus der Geschichte«, er arbeitet im Bereich der internationalen Forschungskooperation und ist ausgebildeter Kulturvermittler.

1. Gail Dexter Lord, Ngair Blankenberg, *Museums and Soft Power*, Washington, DC, 2015, S. 12
2. Gail Dexter Lord, Ngair Blankenberg, a.a.O., S. 19 f
3. Video der Präsentation des Programms „Prototyping Places for People“ im Rahmen der „Museums Next“ Konferenz in Dublin, April 2016: <https://vimeo.com/167262419>
4. Vgl. Kathleen McLean, *Whose Questions, Whose Conversations?*, in: Bill Adair, Benjamine Filene, and Laura Koloski, *Letting Go? Sharing Historical Authority in a User-Generated World*, Philadelphia 2011, S. 73 f
5. „The V&A through the eyes of refugees“, *The Guardian*, London, England, 9. Juni 2010 (<https://www.theguardian.com/society/2010/jun/09/victoria-and-albert-museum-refugee-tours> am 21. 06. 2016)
6. Carl Depauw, *Plain sailing in Antwerp – Towards good practices in public-private partnerships at the Museum aan de Stroom*, *ICOM News*, Vol. 68, May 2015, S. 5
7. Julie Higashi, *Eye on the rear-view – Memorial museums for public crimes against humanity*, ebenda, S. 13
8. David Fleming, *A sense of justice – Museums as human rights actors*, ebenda, S. 9
9. <http://www.hdgoe.at/downloads/>, (21. 06. 2016)
10. „Die Konzeption des HGÖ geht von der Entwicklung der Demokratie als entscheidendem Faktor der österreichischen Geschichte aus, wobei Bruchlinien und Ambivalenzen einbezogen und nicht verschwiegen werden“ (Oliver Rathkolb (Hg.), *Umsetzungsstrategie für das Haus der Geschichte Österreich – Ideen und Entwürfe des Internationalen Wissenschaftlichen Beirats*, Wien, 4. September 2015, S. 50)
11. Ebenda, S. 33
12. Oliver Rathkolb, *Das Haus der Geschichte Österreich als Katalysator für ein zweites Museumsquartier*, Vortrag anlässlich der Enquete „Braucht Österreich ein neues historisches Museum („Haus der Geschichte“) und, wenn ja, was für eines?“ veranstaltet vom Institut für Österreichische Geschichtsforschung in Kooperation mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und deren Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Wien, 12. Oktober 2015
13. S. dazu Stephan Neuhäuser, „Unser Land am 12. November 1918: Die stürmische Stunde Null der Republik Österreich Ein Vermittlungsprogramm des Hauses der Geschichte Österreich für Jugendliche (12 – 19 Jahre)“, Wien 2016
14. <http://i-would-collect.appspot.com>
15. David Fleming (Direktor der National Museums Liverpool) im Rahmen der Museums Next Konferenz in Dublin am 29. April 2016 (freies Zitat aus Flemings Präsentation)
16. Bernhard Fetz, *Nacht über Österreich: Der „Anschluss“ 1938 – Flucht und Vertreibung*, Salzburg 2013 (Zum 75. Jahrestag des 12. März 1938: Flucht und Vertreibung nach 1938, dokumentiert in bewegenden historischen Bildern und persönlichen Dokumenten)
17. Margarete Limberg/Hubert Rübsaat (Hg.): *Nach dem Anschluss, Berichte österreichischer EmigrantInnen aus dem Archiv der Harvard University*, Wien 2013
18. <http://www.vienna.at/thomas-drozda-das-haus-der-geschichte-ist-gut-richtig-und-notwendig/4726335> (21. 06. 2016)
19. *Wiener Zeitung*, 29. Jänner 2016 ([http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtpolitik/731114\\_Das-Haus-der-Geschichte-soll-keine-Schulbuchkonstruktion-sein.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtpolitik/731114_Das-Haus-der-Geschichte-soll-keine-Schulbuchkonstruktion-sein.html) am 21. Juni 2016)



THEODOR VON HÖRMANN  
1840–1895  
Morgennebel | um 1889  
Öl auf Leinwand | 25 × 25 cm  
Privatsammlung

# Das »heiße Jahr« 1961

**Vor 55 Jahren** erschütterte eine Welle von rechtsextremen Anschlägen Österreich. Nur durch Zufall gab es keine Opfer zu beklagen. Dafür wurden einige der symbolträchtigsten Institutionen der jungen Nachkriegsdemokratie getroffen: mehrmals die Rückfront Parlaments und das Republikdenkmal. Zu den Zielen zählten auch ausländische Vertretungen. Hauptbezugspunkt der Attentäter war der Südtirolkonflikt –, aber ihre mehrmonatige Kampagne zielte auch auf die Grundfesten der 2. Republik. Thomas Riegler über das Jahr, als sich der rechte Terror in Österreich zurückmeldete.

**E**s ist Sonntagabend, 30. April 1961: Um 22.45 Uhr erschüttert eine Detonation den Schmerlingplatz zwischen Parlament und Palais Epstein. An der Rückseite des Republikdenkmals ist ein Sprengsatz explodiert. Trümmer des Schaltkastens, von dem aus die Scheinwerfer bei einer Festbeleuchtung des Denkmals mit Strom versorgt werden, werden bis zu 50 Meter weit weggeschleudert. Fensterscheiben und zwei Oberlichten im Parlament gehen zu Bruch. Das Republikdenkmal trägt nur geringe Schäden davon. Dass es keine Toten oder Verletzten gab, ist dem Zufall geschuldet: Der traditionelle Fackelzug am Vorabend des 1. Mai war wegen Regens abgesagt worden – die Route der Kundgebung hätte am Explosionsherd vorbeigeführt. Drei Tage später tagt der Ministerrat: Innenminister Josef Afritsch (SPÖ) informiert die Bundesregierung: »Wir haben erfahren, dass bei der ganzen Bevölkerung größte Erregung besteht über diese Explosion. Wir werden alles unternehmen, den Täter greifbar zu machen. Immerhin war in den letzten Jahren Ruhe, und wir müssen das mit Bedauern zur Kenntnis nehmen.« Bundeskanzler Alois Gorbach (ÖVP) meint: »Hoffentlich gelingt es möglichst bald, der Täter habhaft zu werden.« An dieser Stelle wirft Vizekanzler Bruno Pittermann (SPÖ) eine Vermutung bezüglich des Tathintergrunds ein: »Es wird mit den Anschlägen in Südtirol in Zusammenhang gebracht.«

## IM SCHATTEN DES SÜDTIROLKONFLIKTS

55 Jahre danach ist der Anschlag auf das Republikdenkmal ungeklärt geblieben – aber Pittermann dürfte wohl richtig gelegen sein. Der damals virulente Südtirolkonflikt hatte einen Schatten auf die innenpolitische Lage in Österreich geworfen:

Der Ende der 1950er Jahre gegründete »Befreiungsausschuss Südtirol« (BAS) hatte sich der Forderung nach Selbstbestimmung verschrieben. Um die Öffentlichkeit auf die Probleme der deutschsprachigen Minderheit in Italien aufmerksam zu machen, beging der BAS Anfang 1961 erste »demonstrative« Bombenanschläge in Südtirol gegen Rohbauten und Denkmäler. Schon bald steigerte sich die Aktivität. In der »Feuernacht« vom 11. auf den 12. Juni 1961 wurden alleine 37 Strommasten gesprengt. Daraufhin wurden 24.000 Soldaten und 10.000 Carabinieri nach Südtirol verlegt. Es kam zu Massenverhaftungen und Folterungen von BAS-Leuten.

In Österreich stieß diese Entwicklung auf großes Echo: Vor allem auf deutschnationaler und rechtsextremer Seite wurde der »Freiheitskampf« in Südtirol zum *cause célèbre*. Und hier war nicht nur der italienische Zentralstaat ein Feind, sondern auch die eigene Regierung, die man mit Gewalt zu mehr Engagement nötigen wollte. Darüber hinaus war Südtirol ein passender Aufhänger für die Propagierung eigener Inhalte und bündelte generelle Unzufriedenheit mit den Verhältnissen: Denn gerade Anfang der 1960er-Jahre kam es in Österreich zu Prozessen gegen NS-Täter. Auf internationaler Ebene weckte das Verfahren gegen Adolf Eichmann große Aufmerksamkeit (11.04. bis 15.12.1961). Weiters gab tief sitzende Ressentiments wegen der als unrechtmäßig empfundenen »Entnazifizierung« Ende der 1940er-Jahre. Gegenläufige Tendenzen – wie die Rehabilitierungen von »Ehemaligen« in den 1950er-Jahren – wurden dagegen ausgeblendet. Die noch ungefestigte österreichische Identität bei gleichzeitiger Tabuisierung der NS-Vergangenheit wirkte überhaupt tief in die Gesellschaft hinein.

## GERD HONSIKS »WERWÖLFE«

Der Anschlag auf das Republikdenkmal war insofern nur der Auftakt für eine mehrmonatige Terrorkampagne, die von verschiedenen Akteuren vorangetrieben wurde. Die meisten Aktionen gingen auf das Konto des »Werwolf« – einer Kleingruppe um den damals 20-jährigen Gerd Honsik. Bis heute ist er eine der zentralen Führungspersonen der Neonazi-Szene und verurteilter Holocaust-Leugner. 1961 war Honsik ein Schulabbrecher aus zerrütteten Verhältnissen: Der Vater, ein ss-Mann, war 1944 in Italien gefallen – angeblich wurde der Mutter die Witwen- und Waisenrente versagt. »Seit dieser Zeit besteht in mir der Hass gegen diese derzeitige österreichische Marionettenregierung«, bekundete Honsik gegenüber der Staatspolizei. Sein ganzes Bestreben, sei darauf gerichtet gewesen, »das bestehende österreichische Staatsgefüge mit meinen, wenn auch bescheidenen Kräften zu vernichten zu trachten«. Laut Aussage eines Mitbeteiligten sprach Honsik immer wieder davon, »irgendwelche Aktionen« zu unternehmen, »um die österreichischen Politiker zu zwingen, in der Außenpolitik einen härteren Kurs [gegenüber Italien] einzuschlagen und auch vor Gewalttaten nicht zurückzuschrecken«.

Neben Günther Pfeifer, Rainer Burghardt und Peter Melzer war noch ein weiteres notorisch bekanntes Mitglied der rechtsextremen Szene involviert: Der 1941 geborene Günther Kümel hatte ähnlich wie Honsik früh seinen Vater verloren. Die »sehr national« eingestellte Mutter dekorierte sogar den Weihnachtsbaum mit Bäckerei in Runenform. Kümel war ab 1956/57 Mitglied im »Bund Heimattreuer Jugend« und wechselte nach dessen Auflösung zum »Ring Freiheitlicher Jugend«. 1961 inskribierte er an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät. Vier Jahre später, am 31. März 1965, schlug Kümel dann während der Demonstration gegen den deutschnationalen Hochschulprofessor Taras Borodajkweycz den Antifaschisten Ernst Kirchweger nieder. Dieser starb an den Verletzungen – das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik. Kümel zog es danach vor, im Ausland unterzutauchen – allerdings taucht sein Name seit 2000 wieder in einschlägigen Foren auf.

1961 unternahmen Honsiks »Werwölfe« fast ein halbes Jahr lang kleinere Sprengstoff- und Schussattentate gegen symbolisch wichtige Einrichtungen: Mehrmals wurden selbstgefertigte Sprengkörper zur Detonation gebracht – und zwar vor der italienischen Botschaft (28. Mai), vor dem Büro der Fluggesellschaft Alitalia (25. Juli), vor dem Parlament (in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli), vor der us-amerikanischen Bot-

schaft (17. August) und der Rückfront des Parlamentsgebäudes (ebenfalls 17. August). Weiters wurden am 8. Oktober bzw. in der Nacht vom 27. auf den 28. November auf die Fassade der italienischen Botschaft sowie erneut auf die Parlaments-Rückfront mehrere Revolver- und Pistolenschüsse abgegeben. Einer der Täter hatte jeweils aus dem fahrenden Auto gefeuert. Diese Taktik hatte man sich offenbar von der Organisation de l'armée secrète (OAS) abgeschaut. 1961/62 kämpfte diese für ein französisches Algerien – unter anderem verbreiteten die Delta Kommandos der OAS Terror, indem sie aus Autos völlig wahllos das Feuer auf arabische Passanten eröffneten. Die Ereignisse in Wien verliefen dagegen unblutig und entbehrten nicht einer gewissen Komik – wie aus Schilderungen Honsiks bei einer Einvernahme hervorgeht. So heißt es beispielsweise zum Attentat am 8. Oktober 1961: »Wir fuhren mit meinem Wagen in die Magazinstraße und starb mir der Motor dort ab. Da der Wagen trotz Anschieben nicht ansprang, ließen wir ihn vorerst in der Magazinstraße stehen und gingen zu dem Würstelmann auf dem Rennweg, wo wir uns ‚Heiße‘ kauften. Nach einer Weile gingen wir wieder zum Wagen und setzten uns hin. [...] Es gelang uns, den Wagen anzuschieben und sprang der Motor an. [...] Während ich bei der Botschaft vorbeifuhr, gab mein Bekannter glaublich fünf Schüsse ab.« Ein anderes Mal hielt Honsik ein Sprengstoffpaket mit brennender Lunte »zu lange« fest. Die Folge waren Schmauchspuren im Gesicht und Brandwunden an der Hand und am rechten Fuß. Und im Falle des Alitalia-Anschlags sollte die Zünd-Flamme nicht ausreichen, um die Pappkartonwand des Sprengkörpers zu durchbrennen.

## »REGIERUNG DURCH WAFFENGEWALT ZURÜCKZWINGEN«

Mehrmals wurden an den Tatorten Plakate mit Parolen zurückgelassen – vor der italienischen Botschaft wurde zum Beispiel ein mit Blockbuchstaben beschriebener Packpapierbogen gefunden: »Wir brauchen keine Regierung, die ihre Zeit damit totschießt, sich vom Freiheitskampf in Südtirol zu distanzieren. [...] Selbstbestimmung ist für das deutsche Volk gerade genug. Jetzt erst recht.« Die jungen Rechtsterroristen versuchten auch bewusst, die Medien für ihre Sache einzuspannen. Einmal verständigten sie einen Redakteur der Zeitung »Express« von der Hinterlegung eines Sprengkörpers, woraufhin sich dieser samt Fotograf rechtzeitig am Tatort einfand. Außerdem schaltete sich Honsik am 22. Dezember 1961 persönlich in die lebhaftere öffentliche Debatte ein, indem er ein mit »Der Werwolf« gezeichnetes Schreiben an den damaligen Kurier-Chefredakteur Hugo Portisch schickte. Unter

anderem stand darin herausfordernd zu lesen: »Ich, der ich für sieben der in der letzten Zeit verübten gewaltsamen Demonstrationsakte verantwortlich bin, erkläre, dass ich bereit bin, mich der Staatspolizei zu stellen. Ich, der ich bekenne, in mühevoller, gefährlicher Arbeit eine bewaffnete Organisation aufgebaut zu haben mit dem Ziel die österreichische Regierung durch Waffengewalt auf den Weg der unverfälschten Demokratie zurückzuzwingen, den sie noch nie beschritten hat, bin bereit, dieses Bekenntnis vor jedem beliebigen Forum zu wiederholen.«

Honsik sollte zu einem solchen Schritt keine Gelegenheit mehr haben: Der Staatspolizei war schließlich der entscheidende Durchbruch gelungen. Und zwar hatten die Attentäter nach der Schussabgabe beim Parlament einen Karton mit der Aufschrift: »Die deutschen Burschenschaften werden kämpfen!« liegengelassen. Daran war ein Couleurband der »Markomania« aufgeklebt gewesen. Der Hersteller konnte auffindig gemacht, und diese Spur führte schließlich Ende Dezember 1961 zur Festnahme von Honsik und seiner Mittäter. Am 30. Mai 1962 wurden die Urteile gefällt: Honsik erhielt eine vierjährige Haftstrafe, sein »Adjutant« Melzer kassierte zwei Jahre. Kümel und Burghardt wurden zu je 10 Monaten Arrest verurteilt, Pfeiffer zu sechs Monaten.

### »METHODEN DER ILLEGALEN NAZIS«

Der Staatsanwalt hatte zuvor gemahnt, die Taten würden an die »Methoden der illegalen Nazibewegung vor dem Jahre 1938« erinnern. Zwischen 1933 und 1938 mit Terroranschlägen ein Klima der Unsicherheit erzeugt worden, um so die braune Machtübernahme in Österreich vorzubereiten. Das Jahr 1961 dagegen war zumindest unblutig verlaufen – aber die Attentate versetzten die Zweite Republik gehörig in Unruhe. Ein Teil des Meinungsspektrums konstatierte infolge der Ereignisse: »Der nazistische Ungeist, [...], ist also keineswegs überwunden und vergessen; noch immer sind faschistische Übeltäter am Werk, und nur die Polizei hindert sie daran, statt gegen die Toten weiter gegen die Lebenden vorzugehen« (»Arbeiter-Zeitung«, 25. November 1961). Andererseits wurden die Anschläge auch gerne als Taten von »Nazilausbuben« bagatellisiert. Nach der Verhaftung von Honsik und seines Anhangs war beispielsweise in der »Kronen Zeitung« zu lesen: »Wie sich nun zeigt, hat die Affäre keine echten politischen Akzente. Es handelt sich lediglich um die Aktionen krankhaft geltungsbedürftiger junger Leute.« Das Hin- und Herbeweg sogar den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Oswald Peterlunger, sich einzu-

schalten. Er sei der Ansicht, »dass in diesem Zusammenhange nicht mehr von Lausbubenstreichen gesprochen werden kann und darf«. Gleichzeitig solle aus »vereinzelt Handlungen« keine »Hysterie« erzeugt werden. Die Exekutive habe bewiesen, »mit subversiven Elementen oder Vereinigungen fertig zu werden«: So verwerflich die Taten einzelner seien, so könne von einer »ernsten Gefahr seitens faschistischer Elemente« nicht gesprochen werden: »Österreich ist seit 1945 eines der ruhigsten und innenpolitisch ausgeglichsten Länder in Europa.« Und: »Wenn es den politischen Parteien seit dem Jahre 1945 zum Teile nicht gelungen ist, die Jugend, die immerhin schwerste Erlebnisse hinter sich hat, richtig anzusprechen, so geht dies nicht auf Konto der Polizei und Sicherheitsbehörden.«

Wie bereits erwähnt, ereigneten sich abgesehen von den Anschlägen der Honsik-Gruppe im »heißen Jahr« 1961 noch zahlreiche weitere rechtsterroristische Taten in Wien: Die Explosion eines Böllers an der Einfahrt zur Rathausgarage (28. Mai) sowie einer Brandbombe vor einem italienischen Eissalon in der Alserstraße (13. September), die Detonation eines Sprengkörpers unter dem geparkten Auto eines Scala-Tenors auf Gastspiel in Wien (ebenfalls 13. September) sowie ein missglückter Molotow-Cocktail-Anschlag auf die Wohnung eines Staatsanwalts (20. November).

### NEONAZIS INTERVENIEREN IN SÜDTIROL

Darüber hinaus intervenierten österreichische und deutsche Neofaschisten direkt im Südtirolkonflikt: Angestiftet vom Innsbrucker Universitätsdozenten Norbert Burger unternahm im September 1961 vier österreichische und drei deutsche Studenten in mehreren italienischen Städten Anschläge mit Molotow-Cocktails. Eine weitere Gruppe beschädigte einen Strommast und beschoss einen Militärposten im Passeiertal. In der Wiener Bundesregierung läuteten deswegen die Alarmglocken. In der Sitzung des Ministerrats vom 12. September 1961 mahnte Außenminister Bruno Kreisky (SPÖ): »Ich bin überzeugt, dass der Radikalismus nicht nachlassen wird, wenn die Verhandlungen wieder evasiv geführt werden, wird er wieder wachsen. Die Nachrichten sagen, dass die Verhörmethoden sich sehr verschärft haben. [...] Die Täte der letzten Terrorakte sind zum Teil aus Österreich gekommen. [...] In Südtirol ist es ein öffentliches Geheimnis, dass eine Schießerei in Passei von einer Gruppe durchgeführt wurde, die sich nach Österreich zurückgezogen hat; natürlich sind alle Gruppen in der Sache verwickelt. Ehemalige Nazi, Kommunisten und alle, die Unruhe haben wollen.«

Brisanterweise waren die Burger-Leute Ende 1959 von einem Ex-Untergebenen des Befehlshabers der ss-Spezialverbände, Otto Skorzeny, im Zillertal in der Handhabung von Sprengstoff ausgebildet worden. Skorzeny befand sich bis zu seinem Tod 1975 im franquistischen Spanien und war eine Anlaufstelle für Rechtsextremisten, darunter auch für Burger. Justizminister Christian Broda (SPÖ) klärte den Ministerrat auf: »Die Verbindungen von Burger gehen bis zu Skorzeny in Madrid. [...] Skorzeny hat dann Burger weitergewiesen zu deutschen oder belgischen Quellen von Sprengstoffmaterial. Darüber haben die deutschen Behörden seit Monaten Kenntnis gehabt. Uns haben sie im August in Kenntnis gesetzt. Jetzt bekommen wir Niederschriften, die aus dem April stammen.«

Als Konsequenz wurde im Dezember 1961 die Burschenschaft »Olympia«, der Burger und einige der verhafteten Attentäter angehört hatten, vom Innenministerium aufgelöst (1973 sollte sich die Verbindung neu konstituieren). Burger floh zwischenzeitlich in die BRD und wurde 1967 gemeinsam mit 14 weiteren Angeklagten von einem Linzer Geschworenengericht freigesprochen. Ein Jahr später fasste er dann doch acht Monate aus. Man setzte ihn prompt auf freien Fuß, weil er die Strafe in der Untersuchungshaft bereits verbüßt hatte.

## NEUE BETÄTIGUNGSFELDER

In Südtirol hatte sich die Gewalt im Verlauf der 1960er gesteigert: Zwischen 1961 und 1967 starben 15 italienische Militärs, Polizisten und Zöllner. Weiters kamen zwei Zivilisten sowie vier Aktivisten ums Leben. In Österreich kam es im Gegenzug 1961 (Sprengung des Andreas Hofer-Denkmal in Innsbruck) und 1963 (zwei Bombenattentate in Ebensee) zu Vergeltungsschlägen italienischer Neofaschisten. Ebenso wenig zu Ende war der Terror einheimischer Extremisten: Um 04.51 Uhr früh am 20. August 1966, vor 50 Jahren, detonierte eine 10kg-Bombe vor dem Alitalia-Büro am Kärntner Ring, das schon 1961 ein Ziel gewesen war. Das Geschäftsportal wurde zertrümmert. Die Druckwelle riss die Fensterstühle der umliegenden Häuser heraus und richtete noch in der tiefer gelegenen Opernpassage Verwüstungen an. Nur durch Zufall gab es keine Opfer zu beklagen – zum Zeitpunkt der Explosion war ein starker Gewitterregen niedergegangen, der Passanten anderswo zum Unterstellen zwang. Schon bald wurden die Täter ausgeforscht: Hannes Falk und Emanuel Kubart. Nach Aussage des letzteren wollten sie mit dem Anschlag gegen damals laufende Geheimverhandlungen zwischen Österreich und Italien protestieren.

Nachdem der Südtirolkonflikt 1969 schließlich auf diplomatischen Weg entschärft werden konnte, suchte sich der Rechtsextremismus neue Betätigungsfelder: Burger gründete 1967 die Nationaldemokratische Partei (NDP), um die sich zahlreiche Klein- und Wehrsportgruppen scharrten. In den 1980er-Jahren waren Exponenten aus diesem Umfeld in eine Serie antisemitisch motivierter Bombenanschläge verwickelt. In den 1990er-Jahren folgten dann der Briefbombenterror und das Attentat in Oberwart (1995) – mit vier Todesopfern bis heute der blutigste rechtsterroristische Anschlag in der Geschichte der 2. Republik. Hier dürfte mit Franz Fuchs ein Einzeltäter am Werk gewesen sein. Auch heute sendet die Szene deutliche Lebenszeichen aus: So wurde 2013 in Oberösterreich ein kriminelles Neonazi-Netzwerk zerschlagen (»Objekt 21«). Zuletzt ist die Zahl der rechtsextrem und rassistisch motivierten Straftaten stark gestiegen. 2015 wurden insgesamt wurden 1.156 Fälle registriert, 54 Prozent mehr als noch im Vorjahr.



**THOMAS RIEGLER**

ist Historiker in Wien und Mitglied der Redaktion der ZUKUNFT.

# Evolution, Frauen & Fußball



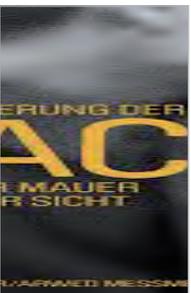
## Françoise Giroud ICH BIN EINE FREIE FRAU

»Ich bin eine freie Frau. Eine glückliche Frau war ich auch – was gibt es Selteneres auf der Welt?« Sie war eine der bekanntesten Journalistinnen in Frankreich, eine Intellektuelle – und eine leidenschaftlich Liebende. Anfang vierzig ist Françoise Giroud, als ihre große Liebe Jean-Jacques Servan-Schreiber sich 1960 von ihr trennt. Mit ihm hat sie das Nachrichtenmagazin »L'Express« gegründet und geleitet.  
**ZSOLNAY**, 240 Seiten, 20,50 Euro



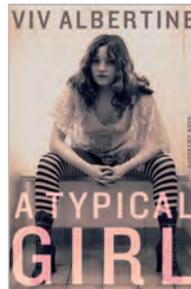
## Hartmut Rosa RESONANZ

Wenn Beschleunigung das Problem ist, dann ist Resonanz vielleicht die Lösung. Dies ist die Kernthese des neuen Buches von Hartmut Rosa, das als Gründungsdokument einer Soziologie des guten Lebens gelesen werden kann. An seinem Anfang steht die Behauptung, dass sich die Qualität eines menschlichen Lebens nicht in der Wahrung von Ressourcen, Optionen und Glücksmomenten angeben lässt.  
**SUHRKAMP**, 816 Seiten, 36,00 Euro



## Annett Gröschner, Arwed Messmer INVENTARISIERUNG DER MACHT

Das Buch zur Ausstellung. In unserem kollektiven Gedächtnis existiert die Berliner Mauer als ein bunt besprühtes Betonband. Umso wertvoller ist das Langzeitprojekt, dem sich der Fotograf Arwed Messmer und die Schriftstellerin Annett Gröschner widmen. Ausgangsmaterial waren Fotografien der frühen Mauer, die von den DDR-Grenztruppen angefertigt wurden.  
**HATJE CANTZ VERLAG**, 1328 Seiten, 102,00 Euro



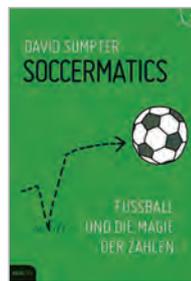
## Viv Albertine A TYPICAL GIRL

Aus dem Englischen von Conny Lösch. London, Mitte der Siebziger. Viv Albertine wurde zum Riot Girl, lange bevor es diesen Ausdruck gab. Bei den legendären Flowers of Romance kreierte sie neben Sid Vicious (später Sex Pistols) und Keith Levene (später PIL) ihren individuellen Gitarrensound. Um dann mit den Slits, der ersten autonomen Frauenpunkband, die Türen aufzustoßen.  
**SUHRKAMP**, 478 Seiten, 18,50 Euro



## Josef H. Reichholf EVOLUTION

Mit Illustrationen von Johann Brandstetter. Wer sind wir Menschen? Woher kommen und wohin gehen wir? Gehören wir zur Natur? Und was macht uns zu einer Menschheit, obwohl wir so verschiedene Sprachen, Religionen und Gebräuche haben? Ausgehend von alltäglichen Erfahrungen, die wir alle machen, führt uns Josef H. Reichholf durch die Entstehungsgeschichte des Menschen und der Natur.  
**CARL HANSER VERLAG**, 240 Seiten, 23,60 Euro



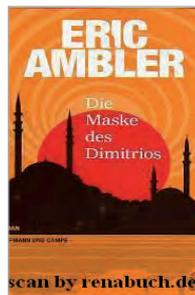
## David Sumpter SOCCERMATICS

Aus dem Englischen von Ulrike Becker u.a. David Sumpter entwirft in seinem Buch eine Fußball-Mathematik, die weit über Alex Fergusons Taktiken und Lionel Messis Tempodribblings hinausgeht. Fußball ist mehr als Statistik und Taktik, mehr als Ausnahmespieler und mehr als der unbedingte Wille zu gewinnen. Fußball ist mehr als ein Spiel. Mathematik auch.  
**ECOWIN VERLAG**, 352 Seiten, 19,95

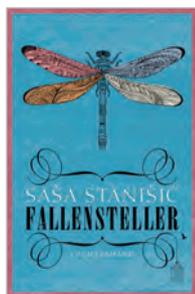
# Kleinstadt, Istanbul & DDR



**Richard Russo**  
**DIESE GOTTVERRDAMMTEN TRÄUME**  
 Aus dem Amerikanischen von Monika Köpfer. Empire Falls, eine Kleinstadt in Maine: Seit über zwanzig Jahren arbeitet Miles Roby im örtlichen Diner. Hier versammelt sich die ganze Stadt, vom Fitnessstudiobesitzer bis zum Schuldirektor. Richard Russo erzählt die Geschichte eines Mannes, der nicht der geworden ist, der er sein wollte, und zeigt das Leben in der Kleinstadt mit all seinen Besonderlichkeiten.  
**DUMONT VERLAG, 752 Seiten, 25,70 Euro**



**Eric Ambler**  
**DIE MASKE DES DIMITRIOS**  
 Aus dem Englischen von Matthias Fienbork. Istanbul in den 1930ern: Auf seiner Reise sucht der englische Kriminalchriftsteller Charles Latimer nach Inspiration. Als er von der Polizei erfährt, dass gerade eine Leiche aus dem Bosphorus gefischt wurde – entstellt bis zur Unkenntlichkeit –, wittert er den Stoff für sein nächstes Buch. Doch wie nah darf er dem Verbrechen kommen?  
**HOFFMANN UND CAMPE, 336 Seiten, 20,60 Euro**



**Sasa Stanisic**  
**FALLENSTELLER**  
 Dies sind Geschichten über Menschen, die Fallen stellen, Menschen, die sich locken lassen, Menschen die sich befreien – im Krieg und im Spiel, mit Trug und Tricks und Mut und Witz. Etwa so: Zwei Freunde ziehen durch Europa, sie reden und meiden das Zuhören, sie lügen und stehlen, jagen mit Karacho und Geschick ihren Sehnsüchten hinterher – einer syrischen Surrealistin, einem bedrohten Vogel und Rebekka.  
**LUCHTERHAND, 288 Seiten, 20,60 Euro**



**Jakob Hein**  
**KALTES WASSER**  
 Als hätten sich Felix Krull und Zelig zusammengetan, um Berlin aufzumischen. Friedrich Benders Elternhaus ist nicht eben das spannendste. Und eine Jugend in der DDR nicht unbedingt ein wildes Abenteuer. Aber es kommt Farbe in die Sache, als Friedrich im Ferienlager mit der Tochter von englischen Kommunisten anbandelt, die nicht nur Westlerin ist, sondern – Gipfel der Verruchtheit! – auch noch Punk.  
**GALLIANI VERLAG BERLIN, 240 Seiten, 19,60 Euro**



**Miriam Toews**  
**DAS GLÄSERNE KLAVIER**  
 Aus dem Englischen von Monika Baark. Elfrieda von Riesen ist eine umjubelte Konzertpianistin, reich, berühmt, verheiratet mit dem Mann, den sie liebt. Ihre Schwester Yoli ist pleite, geschieden und schläft unfehlbar mit den falschen Männern. Unterschiedlicher könnten zwei Schwestern nicht sein. Und doch gibt es niemanden, dem sie näher stünden als einander.  
**BERLIN VERLAG, 368 Seiten, 22,70 Euro**



**Gianrico Carofiglio**  
**EINE FRAGE DER WÜRDE**  
 Aus dem Italienischen von Viktoria von Schirach. Avvocato Guido Guerrieri ist zurück! Der Richter Pierluigi Rocca befindet sich auf dem Höhepunkt seiner glanzvollen Karriere. Doch genau zu diesem Zeitpunkt scheint es, als würden verborgene Widersacher wegen Bestechlichkeit gegen ihn ermitteln. Voller Sorge wendet er sich an einen alten Freund und bittet ihn um Hilfe.  
**GOLDMANN VERLAG, 320 Seiten, 20,60 Euro**

## Schweden: Wieder Vorbild?

**B**undeskanzler Christian Kern erklärt Schweden zum Vorbild in wirtschaftlichen Belangen. Er knüpft damit an eine lange Tradition der österreichischen Sozialdemokratie an, in der Schweden Referenzbeispiel für den Aufbau des Wohlfahrtsstaates, die Sozialpartnerschaft und die gesamtwirtschaftliche Steuerung war.

Heute gehören beide Länder zu den wirtschaftlich Stärksten der Welt. Bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf holte Österreich Schweden schon zu Ende der Regierungszeit Kreisky ein. 2014 lag das BIP pro Kopf in Österreich sogar um 30 % über dem EU-Durchschnitt, in Schweden nur um 23 %. Beide Länder verfügen über eine exportstarke Industrie, stehen mit ihren Forschungsquoten an der Spitze der EU und ihre Wohlfahrtsstaaten zählen zu den leistungsfähigsten der Welt. Die Arbeitslosenquoten sind zwar im EU-Vergleich niedrig, doch sowohl in Schweden (6,9 % der Erwerbspersonen) als auch in Österreich (5,8 %) deutlich höher als gewohnt. Auch die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen rüttelt in beiden Ländern an den Grundfesten des Sozialmodells.

Die österreichische Wirtschaft war über die letzten Jahrzehnte erfolgreicher, vor allem aufgrund der Instabilität der schwedischen: Dort folgten kräftigen Boomphasen regelmäßig tiefe Rezession, bestimmt vor allem durch die Schwankungen der Immobilienpreise. Ein Mix aus starkem Bevölkerungswachstum, zu geringem öffentlichen Wohnbau, steuerlicher Begünstigung von Privatverschuldung, ungenügend reguliertem Finanzsektor und niedrigen Zinssätzen führt zu kräftiger kreditfinanzierter Nachfrage nach Häusern und Wohnungen und steigenden Immobilienpreisen. Dies macht leistbares Wohnen für die Mittelschicht zur Illusion und sobald die Immobilienblase platzt, droht Ungemach für den Bankensektor,

die Staatsfinanzen und die Konjunktur. Die Anzeichen eines überhitzten Immobilienmarktes sind auch heute unübersehbar: Die Hauspreise haben sich seit 2000 verdoppelt, die Verschuldung der privaten Haushalte beträgt bereits 180 % des verfügbaren Einkommens, in Österreich liegt sie halb so hoch. Der verschuldungsfinanzierte Bauboom treibt das Wirtschaftswachstums auf real 4 %, ob das nachhaltig ist, bleibt abzuwarten.

Österreichs Wohnungsmarkt ist durch sozialen Wohnbau und Mietenregulierung viel stabiler, wenn es auch in den Ballungsräumen, vor allem in Wien, über mehrere Jahre versäumt wurde, die Neubauleistung geförderter Wohnungen den Anforderungen der rasch wachsenden Bevölkerung anzupassen. Kein Vorbild ist auch das schwedische Bildungssystem: Die konservative Regierung (2006–2014) hat in Schweden nicht nur Steuern gesenkt und Sozialtransfers gekürzt, sondern auch das Schulsystem privaten Anbietern geöffnet. Das sollte die Wahlfreiheit der Eltern erhöhen, mündete aber in hohen Gewinnen privater Schulbetreiber und schlechten PISA-Ergebnissen.

Im Aufbau einer sozialen Pflegesicherung, bei Qualifizierung und Weiterbildung und in der Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien können uns Anregungen aus Schweden weiterbringen. Vor allem müssen beide Länder stärker in der EU zusammenarbeiten. Regierungschef Stefan Löfven stellt Fragen der Verteilung und Beschäftigung in den Mittelpunkt seiner europäischen Politik und hat für 2017 einen Gipfel der EU-Regierungschefs zum sozialen Europa angekündigt. 

**MARKUS MARTERBAUER**

leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien  
und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>





# ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden  
& einsenden an:

VA Verlag GmbH  
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3  
1110 Wien

Ich bestelle  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: